

Russland UND WIR

EIN FORUM

D 21 739 F.

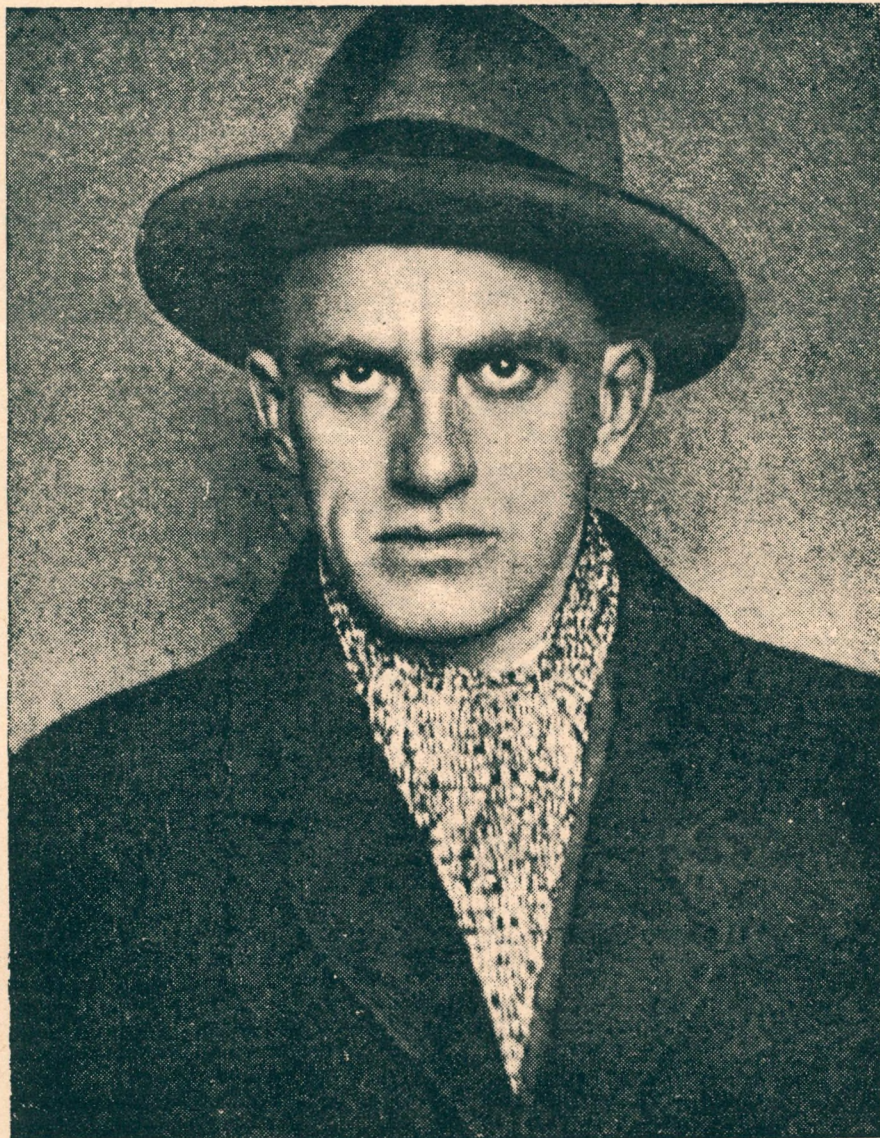
JAHRGANG XVII (XX) NR. III (3. Vj.) BAD HOMBURG VOR DER HÖHE

SEPTEMBER 1979

Sindlinger Weg 1 • D 6380 Bad Homburg 1 • Ruf (06172) 35191 • Postscheckkonto: Frankfurt/Main Nr. 208206-604 (BLZ 50010060)

Bankkonto : Deutsche Bank, Bad Homburg, Nr. 394/1978 (BLZ 560 720 10)

WLADIMIR W. MAJAKOWSKIJ



MYTHOS UND WIRKLICHKEIT
siehe „Porträt“ Seite 3 und Bericht Seite 18

NR. 3-1979

3,— DM

Unser Weitererscheinen ist im XX. Jahrgang aus finanziellen Gründen in Frage gestellt. Wir richten daher an alle, denen RUSSLAND UND WIR am Herzen liegt oder die das Weitererscheinen aus politischen, kulturellen oder allgemein publizistischen Gründen für notwendig erachten, die dringende Bitte zu prüfen, ob Ihre steuerabzugsfähigen Spenden bereits 5% Ihres Brutto-Einkommens erreicht haben, sonst lassen Sie sie uns zugute kommen. Wir fragen alle, die bisher Freixemplare erhalten haben, ob Sie nicht jährlich DM 12,- zuzüglich Versandkosten aufbringen können. Wenn ein Bundesministerium sein Abonnement aus Haushaltsgründen von einer größeren Zahl plötzlich auf ein Exemplar ermäßigt, so läßt sich dieser Ausfall nicht durch verstärkte Werbung ausgleichen, denn auch Werbung kostet Geld, und gegen den Rotstift der Haushaltsexperten sind offensichtlich auch die Fachreferenten machtlos. Schulen und Hochschulen wie auch die Bundeswehr sind nach wie vor sehr daran interessiert, unsere Zeitschrift im staatspolitischen Unterricht einzusetzen, haben aber dafür keine Haushaltsmittel zur Verfügung. Wer würde nach eigener oder unserer Wahl Geschenkabonnements übernehmen? Wer uns über Postscheck oder Bank eine Spende zukommen läßt, vermerke bitte ausdrücklich, ob er eine Spendenbescheinigung für das Finanzamt wünscht. Immerhin sind wir die einzige Zeitschrift im deutschen Sprachgebiet, die sich ausschließlich mit Rußland bzw. der Sowjetunion beschäftigt, und das seit zwanzig Jahren. Auch ein Weg, uns zu helfen, wäre, die Mitgliedschaft der DEUTSCH-RUSSLÄNDISCHEN GESELLSCHAFT zu erwerben, denn wenn diese Basis ständig vergrößert wird, ist damit auch uns geholfen, denn die DRG übernimmt die Kosten des Zeitschriftenbezugs für ihre Mitglieder.

Wenn jeder RUW-Leser jedes Buch, das er im Laufe eines Jahres für den Eigenbedarf oder für Geschenkzwecke kauft, über uns beziehen würde, womit ihm keinerlei Mehrkosten erwachsen, im Gegenteil, er würde sogar den Weg zum Buchhändler sparen, dann käme der uns zufließende Händlerrabatt ausschließlich der Finanzierung unserer Zeitschrift zugute.

Machen Sie sich bitte auch die Mühe, Ihren gesamten Freundes- und Bekanntenkreis gedanklich auf Rußland-Interessenten durchzuforsten und teilen uns dann deren Anschriften mit. Erfahrungsgemäß bleiben auf Grund unserer Probeheft-Sendungen auch einige als ständige Abonnenten hängen.

Nun aber – wie seit langem üblich – zum Inhalt dieses Heftes. Sie finden wieder Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft in unseren Beiträgen vertreten. Wladimir W. Majakowskij, Dichter der Revolution, dessen Denkmal am Roten Platz in Moskau steht und von der kritischen Jugend Rußlands als Treffpunkt bevorzugt wird, gibt uns Rätsel auf, die aus der Vergangenheit bis in die Gegenwart reichen. Dr. Wilhelme Oberdieck hat sich vor der DEUTSCH-RUSSLÄNDISCHEN GESELLSCHAFT um eine Lösung bemüht.

Justus B. Bühlow, wieder zum Deutschland-Vorsitzenden der DRG gewählt und langjähriger Leitartikler unserer Zeitschrift hat sich erneut dem Phänomen „und immer wieder die Russen“ zugewendet. Demnächst wird aus seiner Feder ein grundlegendes Buch über die Strategie der osteuropäischen Völkerrevolution erscheinen. Der freie Westen sollte sich politisch darauf einstellen.

Von Brigitte Lange veröffentlichen wir den Schluß ihres Vortrages über „Die ökologischen Probleme der Sowjetunion“, auf dessen Erscheinen – wie wir aus ver-

schiedenen Rückfragen entnehmen konnten – bereits gewartet wird.

In einer vom allgemeinen Ritual abweichenden Form gedenkt J.B. Bühlow der Männer des deutschen Widerstandes vom 20. Juli. Ob seine Mahnung überall gehört wird, werden wir spätestens am 20. Juli 1980 feststellen können.

Ein weiterer politisch-historischer Beitrag ist dem 40. Jahrestag des Hitler-Stalin-Paktes durch Veröffentlichung eines Aufrufes gewidmet. Immer wieder vermischen wir, daß aus der Vergangenheit Lehren für Gegenwart und Zukunft gezogen werden.

Wie sich die Sowjetunion mit uns beschäftigt, wird aus dem sowjetischen Film „BRD – eine Lektion in deutsch“ ersichtlich.

Verfasser dieser Zeilen, der aus dem Rußland-Feldzug und seiner ständigen Berührung mit den Menschen Rußlands – sowohl im zivilen wie im soldatischen Bereich – das Vermächtnis mit nach Hause gebracht hat, sich für das Zusammengehen der Menschen in Deutschland und Rußland einzusetzen, appelliert insbesondere an alle ehemaligen Soldaten, die in Rußland eingesetzt oder dort in Gefangenschaft waren, sich diese Aufgabe auch zu eigen zu machen, denn es gibt wohl keinen unter ihnen, der nicht wenigstens ein Erlebnis gehabt hat, das ihm die Menschen Rußlands liebenswert erscheinen ließ. Das ist die wesentlichste und letzte Aufgabe der Kriegsgeneration, dieses Erlebnis wachzuhalten und an die nächste Generation weiter zu geben. Nur so und nicht anders wird uns der Frieden in dieser Welt geschenkt werden, indem die Menschen Deutschlands und Rußlands in Freiheit zusammenfinden.

In diesem Sinne grüßen

Siegfried Keiling und sämtliche Mitarbeiter

INHALT	Seite
An unsere Leser	2
Porträt	
Wladimir W. Majakowskij (Dr. W. Oberdieck)	3
Politik	
Und immer wieder die Russen (J.B. Bühlow)	5
Kommunistische Leistungen (Stimme der Freiheit)	8
Die ökologischen Probleme der Sowjetunion (B. Lange)	9
35 Jahre 20. Juli (J.B. Bühlow)	12
Zum 40. Jahrestag des SU- NS- Paktes (IC)	12
Film	
Am Abend schuf Gott das Bier	13
Leser schreiben	
F. Weil/G. Schrader/A. Mrongovius/O. Kanold	13
Bücher	14
DEUTSCH-RUSSLÄNDISCHE GESELLSCHAFT	
Jahresmitgliederversammlung/Kranzniederlegung/ Adam Grünbaum + /Auf dem Weg zum III. Weltkrieg/ W. Majakowskij/Berühmte Ikonen	16
Geschichte	
Wurde Lenins Lieblingsschwester ermordet? (H.P. Pullmann)	19
Kurznachrichten	20
Anzeigen	4/8/18

RUSSLAND UND WIR – die Zeitschrift für jeden Rußland-Interessenten. Angesichts der Vielzahl von Ost-Publikationen erfüllt RUSSLAND UND WIR als Zeitschrift des deutschen Sprachgebietes, die sich ausschließlich mit Rußland bzw. der Sowjetunion beschäftigt, eine besondere Aufgabe. Herausgeber: DEUTSCH-RUSSLÄNDISCHE GESELLSCHAFT e.V. für Deutschland, Gemeinnützige Körperschaft, Sitz Frankfurt am Main; Verlag: RUSSLAND UND WIR, Bad Homburg 1: Verantwortlich für den Inhalt: Siegfried Keiling, Bad Homburg v.d.H. Bücher: Hans Groh, Druck: Fotodruck Color Hermann Heepe, 6 Frankfurt am Main, Königsberger Straße 8, Ruf 77 67 74/77 18 36, Gerichtsstand und Erfüllungsort Bad Homburg v.d.H. Vierteljahresheft 3.- DM, zuzüglich Porto. Abbestellungen bis sechs Wochen vor Jahresschluß. Redaktionsschluß am 1., Anzeigenschluß am 5. vor Quartalschluß. Mit Namen oder Kurzzeichen versehene Artikel unterliegen der Verantwortung der Verfasser. Nachdruck unter Quellenangabe und Übermittlung von zwei Belegexemplaren gestattet. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos keine Gewähr. GW ISSN: 0036 – 0414

Stalin bezeichnete 1935 Majakowskij als den „besten und begabtesten Dichter unseres sowjetischen Zeitalters.“ Damit war seine Kanonisierung zum repräsentativen „Dichter der russischen Revolution“ gesichert. Majakowskij wurde zum „Klassiker“. Seine Werke wurden Bestandteil aller Lehrpläne und Lesebücher. Dörfer, Straßen, Plätze, Kolchosen, sogar eine Metrostation wurden nach ihm benannt.

Hat sich der wirkliche Majakowskij so bedingungslos mit dem „Mythos Revolution“ identifiziert, wie es die sowjetische Nachwelt heute behauptet? Widerlegt nicht sein Selbstmord am 14.2.1930 diese Auffassung? So verstehen offenbar die Dissidenten seinen Freitod. Sie pflegen ihren Protest gegen den SU-Staat am Majakowskij-Denkmal in Moskau niederzulegen. Die Frage liegt nahe: Was ist hier Mythos, was war die Wirklichkeit um das Sterben des Dichters, der mit 37 Jahren nach einem äußerst erfolgreichen Leben für immer Abschied nahm? In seinem berühmten Nachruf zum Selbstmord des Dichters Sergej Jessenin 1926 schließt Majakowskij mahnend:

„In diesem Leben stirbt man leicht und gern.

Bedeutend schwerer ist's: Das Leben meistern.“

Warum sah er selbst vier Jahre später, wie sein „an alle“ gerichteter hinterlassener Nachruf verrät, „keinen Ausweg mehr“ als den Freitod, von dem er selbst sagt: „Es ist keine Art.“ Ohne Frage liegt keine Affekthandlung vor. Es war vielmehr ein bewußt geplantes Ende, ein „Bilanzselbstmord“. Dies verrät sein letztes bei der Trauerfeier am 17.4.1930 rezitiertes Gedicht „Aus vollem Halse“. Es ist ein Requiem, das er sich selbst geschrieben hat. Man bedenke: Der „Trommler“ der Revolution, der „unbändige Agitator und Schreihals-offizier“ (so im genannten Gedicht) bringt sich selbst zum Schweigen. Dabei hat er noch 20 Tage vor dem Freitod vor Komsomolzen sich als „Schriftsteller der Revolution“ bezeichnet, „der er nie untreu geworden sei“.

Fragen wir – mit aller Vorsicht unter Verzicht auf letzte Sicherheit –: Was ist wahr? Was ist Mythos? Ist Majakowskij in seinem Glauben an die Revolution zuletzt doch tragisch gescheitert? „Burljuk machte mich zum Dichter“, bekennt Majakowskij in seinem Lebensrückblick „Ich selbst“ (1928). Mit ihm u.a. unterzeichnete er 1912 das Manifest der russischen „Kubofuturisten“: „Eine Ohrfeige für den öffentlichen Geschmack.“ Es bleibt in seiner Formulierung – nicht in seiner Zielsetzung – charakteristisch für das Selbstverständnis Majakowskij's: „Nur wir sind das Antlitz unserer Zeit. Das Horn des Zeitalters bläst durch uns hindurch. Werft Puschkin, Dostojewskij, Tolstoi vom Dampf der Gegenwart.“ Ähnliches gilt dann auch von Gorki, Kuprin, Blok. „Auf der Höhe von Wolkenkratzern blicken wir nieder auf ihre Nichtigkeit.“

Ging es hier noch um eine ausschließlich literarische Zielsetzung, nämlich um das „zum erstenmal aufsteigende Wetterleuchten des eigenwertigen selbstischen Wortes“, änderte der Oktoberumsturz 1917 die Zielsetzung für Majakowskij völlig. Der „neue Wolkenkratzer“, von dem der Dichter – man muß sagen in einsamer Höhe – auf Zeit, Geschichte und Weltall nunmehr hernieder schaute, war die „erfüllte Zeit“, der Mythos Revolution. Mit biblischen Bildern hatte

Majakowskij sie schon in seinem Erstlingswerk: „Wolke in Hosen“ (1915) kommen sehen und als ihr „Vorläufer“ aufgefordert, den kommenden „Retter“ (spassitelj) im „Dornenkranz der Revolution“ gebührend zu empfangen. Er selbst war für ihren Empfang bereit. Während „der eiserne Besen der Geschichte die (bisherigen) Dichter mit anderem Unrat hinwegfegte“ (Trotzkij), schlüpfte er nahtlos in die neue Rolle als repräsentativer Dichter der russischen Revolution. Erst sie brachte ihn zur vollen Entfaltung, gleichsam zur zweiten Geburt als Dichter, nämlich als Kündler, Trommler, Verklärer, Verherrlicher, Prediger, Volkstribun der Revolution. Seine Identifikation mit der Revolution war vollkommen. „Zustimmen oder nicht? Diese Frage gab es für mich nicht. Es war meine Revolution“, bekennt er 1928.

Majakowskij war ein Musterbeispiel jener revolutionär gestimmten Jugend Rußlands, die aus gläubiger Inbrunst für den großen Aufbruch bereit war. Schon als Schuljunge (1905) für die Revolution schwärmend, trat er mit 15 Jahren (1908) als „Genosse Konstantin“ in Moskau in den bolschewistischen (Lenin-)Flügel der russischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei ein. Unverrückt blieb er dem Glauben an den Mythos Revolution bis ans Ende treu und will – zum Freitod entschlossen – „einst in lichter Zukunft vorm Parteigericht über der Bande dichtender Betrüger, Schieber, Kriecher als bolschewistisches Parteibuch alle seine hundert gut parteigetreuem Bücher emporheben.“ Dieser ungebrochene Glaube an den Mythos Revolution ließ kritische Reflexionen über die theoretischen Grundlagen des Marxismus-Leninismus nicht zu. Noch weniger natürlich über den 1924 von ihm als „Prophet, Genie, Erlöser, Sonnensohn, Beschützer“ gepriesenen Lenin. Moralische Bedenken gegenüber den „merzawzwe“ (abscheuliches Pack), dem Schicksal der en bloc als vernichtungswürdig anzusehenden Gegner der Revolution, entfielen gleichfalls. Lunatscharki, der erste Kultusminister der SU verstand es geschickt, für die ersten schwersten Jahre des Kampfes um die Durchsetzung der Revolution Majakowskij als den führenden Dichter herauszustellen, mit dem das neue Zeitalter wahrhaft proletarischer Kunst hereingebrochen sei. Der Minister setzte sich persönlich gegen manche Widerstände für die Aufführung des „Mysterium Buffo“ ein, das Majakowskij zur Jahresfeier der Revolution für den Oktober 1918 geschrieben hatte. Es sei das „einziges unmittelbar unter der Wirkung der Revolution entstandene Bühnenwerk“.

Majakowskij bereiste durch Jahre hindurch das Land, um in stets überfüllten Massenversammlungen mit dem Pathos des Propheten, das ihm bis ans Ende blieb, die neue Heilsbotschaft mit mächtiger Stimme zu verkünden, vom Heil der Welt, in Lenin, der Partei und der Revolution erschienen. Man könnte an Helenas Selbstverständnis nach Goethe (Faust II) denken: „Ich

schwinde hin und werde selbst mir zum Idol." Majakowskij war sich selbst zum Idol, d.h. mit dem Mythos der Revolution zum Mythos des für sie repräsentativen Dichters geworden. Warum stürzte er dennoch am 14.4. 1930 in seinem Freitod von diesem „Wolkenkratzer“ ab?

Wagen wir einige Vermutungen über seine „Ausweglosigkeit“. Die Sowjets nennen u.a. gesundheitliche Erschöpfung und Kehlkopfleiden, offenbar für Majakowskij kein Hindernis, über seinen Tod hinaus seinen Terminkalender mit Zusagen seiner Mitwirkung bei Massenveranstaltungen zu füllen. Sein Scheitern in der Liebe wiegt schon schwerer. Majakowskij war zeitlebens der Frauenliebe bedürftig. Leider gab es da keine Erfüllung für ihn. Schon der 22jährige klagt in „*Wolke in Hosen*“: *Mein Herz und ich haben im Leben keinen Mai (Erfüllung) gekannt, nur 100 Aprille.*“ Oder war es das „öde Gezänk“ der Gegner, über das der Dichter 20 Tage vor seinem Tode klagte, das ihn in die Verzweiflung trieb? Die Apparatschicks, gegen Ende der 20er Jahre mehr und mehr an die Macht gekommen, auch im Bereich der Literatur, nahmen den nach Huppert, seinem Freund, unbedingt ehrlichen und aufrichtigen Majakowskij mehr und mehr aufs Korn. Denn Majakowskij blieb auf seinem „Wolkenkratzer“ der Einzelne und Einsame. Sein „Ich“ war nach Dedecius der „Rucksack“, in den er die ganze Welt, zentral die Revolution gepackt hatte. Er war und blieb bis zuletzt „Ich-Dichter“ (noch zuletzt: „*Ich ... gerufen und erfaßt von der Revolution...*“). Die bei ihm vorliegende totale Identifikation von Ich und Revolution, in ihrer Einheit verabsolutiert, verträgt sich schlecht mit der Situation der späten 20er Jahre. Mehr und mehr kam es darauf an, sich geschickt und anpassungsfähig in eine Apparatschick-Welt einzufügen, die immer stärker war als der Einzelne. Niemand war dafür weniger geeignet als Majakowskij. Mit nichts ist er mehr gescheitert als mit der naiven Annahme in seinem „*Sendschreiben an die proletarischen Dichter*“ (1926):

*„Mit scheint, Kommune ist ein Platz, wo Bürokraten verschwinden,
wo das Gedicht und Lied gedeiht.“*

Um 1930 war der Apparatschick-Staat Stalins perfekt. Der große Kahlschlag der Literatur mit dem Sieg des sozialistischen Realismus (1932) stand vor der Tür. Immer härter mußte die zunehmende Zeitkritik den ohnehin sehr empfindlichen und reizbaren Majakowskij treffen, der sich selbst als „*raufsüchtig*“ bezeichnen konnte. Seine bisher allgemein anerkannte Stellung als „der große revolutionäre Poet“, als den ihn die Prawda am Tage nach seinem Tode (15.4.) würdigte, geriet ins Wanken. Die literarische Zukunft sah für den von Erfolgen Verwöhnten trübe aus. Majakowskij mag empfunden haben, daß er mit seinem Freitod – noch immer auf der Höhe seiner Erfolge – vor späterem Niedergang und Enttäuschungen bewahrt blieb. Noch eine letzte Vermutung sei erlaubt. Der Mythos der Revolution – unabhängig vom faktischen Geschehen, das u.U. nur ein Staatsstreich gewesen sein kann – lebt vom „Glauben der Masse“. „Saturnalien der trunkenen Menschheit“ hat einst Romain Rolland die Kriege genannt. Mehr noch sind dies die Revolutionen. Diesem Rausch war Majakowskij verfallen. Schon als Knabe (1905) genöß er seinen Zauber. Daher war der Rausch der „Oktoberrevolution“ sein Lebenselixier, seine

eigentliche Daseinsverwirklichung. Immer neu erlebte er ihn in den Massenversammlungen, die ihn in seinem Sendungsbewußtsein bestätigten und trugen. Aber jeder Rauschzustand geht einmal zu Ende. Der nüchterne Alltag setzt sich durch. Hatte sich Majakowskij als der bis zuletzt pathetisch ekstatische Prediger der Revolution gegen Ende der 20er Jahre selbst überlebt? War eine neue Zeit der nüchtern gewordenen Stalin-Gegenwart schon über ihn hinweggegangen? War der Rauschzustand der Revolutionsbegeisterung in alle Ewigkeit durchzuhalten? War der Freitod „ohne Ausweg“ ein Zeichen dafür, daß der – theoretisch unkritische – Dichter, identisch mit einer dem Geiste nach bereits gestorbenen Revolution, keine Zukunft mehr hatte? Eine andere zur Revolution distanzierte Lebensform lag jedoch außerhalb der Möglichkeit des Dichters, der sich mit seinem Glauben an die Revolution unmöglich geirrt haben konnte. Wäre es so, wäre der Freitod die Konsequenz des Dichters, der es nicht vermochte, sich dem Zeitenwandel zu stellen und die Tatsache eines nachrevolutionär ernüchterten Zeitalters auf sich zu nehmen.

„*Ich, das Herz zur Fahne erhoben, bin das Wunderding des 20. Jahrhunderts*“, sagte Majakowskij von sich. Er wurde dies „Wunderding“ *post mortem*. Denn der nunmehr – als lebendiger Impuls gestorbene, aber in den Konserven der verpflichtenden Staatsideologie – „für immer zum Mythos“ erhobene Begriff der Revolution verband sich mit Majakowskij. Zur „Ehre der roten Altäre“ durch Stalin erhoben, wurde der unanfechtbare „Mythos“ des Dichters der russischen Revolution schlechthin, als den er sich zeitlebens verstand.

DR. WILHELM OBERDIECK

Eigene Kurzfassung des Vortrages vor der
DEUTSCH-RUSSLÄNDISCHE GESELLSCHAFT

VOLK AUS 100 NATIONALITÄTEN

Die sowjetische Minderheitenfrage
von Laszlo Révész

Die nationale Frage im sowjetischen Machtbereich ist die Achillesferse der Moskauer Führung. In den achtziger Jahren werden die Russen die Mehrheit verlieren. Manifestationen nationalen Bewußtseins der Minderheiten finden über die Landesgrenzen hinaus Beachtung und gelangen in die westliche Presse. Es ist der sowjetischen Regierung heute nicht mehr möglich, Demonstrationen geheimzuhalten.

Prof. Révész behandelt in seinem Werk vorab den Aufbau des großrussischen Vielvölkerstaates seit der Mitte des 16. Jahrhunderts, dann die Nationalitätenpolitik von Lenin und Stalin, schließlich den Stand der Nationalitätenfrage heute. Eine Entwicklung, die uns alle angeht, weil ihre Folgen weltpolitische Bedeutung haben.

1979, 501 S., als Manuskript gedruckt, 86,- DM

SOEBEN ERSCHIENEN IM VERLAG SOI –
SCHWEIZERISCHES OST-INSTITUT
CH-3000 BERN 6

I

Sooft Menschen in Deutschland über die Lösung der deutschen Frage nachdenken, stoßen sie auf „die Russen“ Diejenigen, die lieber von „den Sowjets“ reden, um ihren Überlegungen von Anfang an realpolitischen Hintergrund zu geben, kommen dabei ohnehin nicht über Ansätze hinaus. Sie nehmen die gegenwärtigen, innenpolitischen Verhältnisse in der Sowjetunion als unabänderlich hin, oft ohne sich dessen bewußt zu sein, wie weitgehend die Außenpolitik der Sowjetunion von ihren innenpolitischen Verhältnissen bestimmt wird. Sie mühen sich ab mit Betrachtungen, wie die sowjetische Deutschlandpolitik auf andere Bahnen gelenkt werden könnte, um das nächstliegende Ziel einer „Wiedervereinigung Deutschlands“ zu verwirklichen. Wir wollen nicht untersuchen, inwieweit der Begriff „Wiedervereinigung Deutschlands“ dreieinhalb Jahrzehnte nach Kriegsende noch Erwartungen zu wecken vermag; ob er nicht eher peinliche Assoziationen mit einer längst versunkenen Nachkriegsaera hervorruft.

Die offizielle sowjetische Deutschlandpolitik liegt seit Jahrzehnten klar zutage. Sie entbehrt auch nicht einer gewissen Logik. Es ist kein Preis denkbar, um den eine grundlegende Änderung der sowjetischen Deutschlandpolitik zu haben wäre. Viel weniger bieten sich Druckmittel an, mit denen der Sowjetunion als bis tief nach Mitteleuropa ausgreifender Hegemonialmacht eine solche Änderung abzutrotzen wäre. Die Sowjetbürokratie behält also was sie hat, ohne daß sie mit dieser Außenpolitik ein Risiko einginge oder sich gar auf ein Abenteuer einließe. Im Gegenteil – überraschende Zugeständnisse an eine wohlverstandene nationale Politik der Deutschen könnten den Bestand dieser Hegemonialmacht in nicht mehr kontrollierbarer Weise erschüttern und gefährden.

Diese Auffassung hat dieses Blatt seit Jahren vertreten. Wir sehen auch keinen Anlaß, sie zu ändern. Ab und an werden von deutscher Seite Erinnerungen an Stalins Note vom Jahre 1952 wachgerufen, deren Angebote von der westdeutschen Außenpolitik unter Adenauer hochfahrend ignoriert worden seien. Man habe den Deutschland-Verträgen mit den Westmächten den Vorzug gegeben, das Angebot aus Moskau als vordergründiges Störmanöver abgetan. Auch die Zeit nach dem 17. Juni 1953 bis zur Berliner Konferenz Anfang 1954 sei günstig gewesen, so meint man, um eine bewaffnete Neutralität vor der Sowjetunion zu erhalten. Auch diese Gelegenheit habe man von westdeutscher Seite aus sträflich verpaßt.

Diese von Zeit zu Zeit mit Bitterkeit wiederholten Vorwürfe bringen in unseren Augen nichts. Ein Vierteljahrhundert ist darüber hinweggegangen, so daß diese Streitfrage allenfalls den Historikern überlassen bleiben kann. Wo heute über die Lösung der deutschen Frage nachgedacht wird, sind allein die Verhältnisse der Gegenwart maßgebend. Dabei die jetzt ihr dreißigstes Lebensjahr vollendende „Deutsche Demokratische Republik“ übersehen zu wollen, wäre arrogant. Daran ändert sich auch nichts im Hinblick darauf, daß ihre Regierung zu keiner Zeit durch freie und geheime Wahlen in ihren Funktionen bestätigt wurde und daher bis zum heutigen Tage ein von der Sowjetbürokratie der mitteldeutschen Bevölkerung aufgezwungenes Satrapenregime geblieben ist. Entscheidend ist allein, daß eine grundlegen-

de Änderung sowjetischer Deutschlandpolitik die Zumutung an die sowjetische Hegemonialmacht einschließt, das von ihr geschaffene Staatsgebilde gleichsam in einer Art Zauberhut wieder verschwinden zu lassen. Dabei erheben sich Zweifel, ob dies noch in der Zeit von 1952 bis 1954 möglich gewesen wäre. Weltmächte können vieles, aber nicht alles. Insbesondere können sie sich nicht gegen die Resultate ihrer eigenen, historisch bedeutsamen Entscheidungen kehren, ohne sich selbst in Frage zu stellen. Das muß leidenschaftslos gesehen werden, ohne daß allerdings der westdeutschen Regierungskoalition für die von ihr zu verantwortende Ostpolitik der frühen siebziger Jahre Absolution erteilt werden könnte.

Dennoch bleibt die „DDR“ ein anfälliges Gebilde, das ohne den Schutz von Seiten dieser Hegemonialmacht augenscheinlich vor der mitteldeutschen Bevölkerung nicht bestehen kann. Denn: „Die Sowjetmacht steht mit ihrer Roten Armee noch heute als Siegermacht im Herzen Deutschlands und nicht nur in Deutschland“, stellt der „Wiesbadener Kurier“ mit entwaffnender Klarheit in seiner Ausgabe vom 1. September 1979 anläßlich des 40. Jahrestages des Ausbruchs des Zweiten Weltkrieges fest. Die Bonner Regierungskoalition hatte, so meinen wir, weder hinreichenden Grund noch das Recht, dies mit ihren Ostverträgen zu sanktionieren.

II

Anlaß, diese wesentlichen Elemente der deutschen Frage erneut in Erinnerung zu rufen, bietet freilich nicht allein die 40. Wiederkehr des Angriffs auf unseren polnischen Nachbarn. Jahreszahlen sind gut für einen historischen Rückblick. Es wäre verlohrend zu untersuchen, mit welchen Empfindungen sich Polen und Deutsche nach diesen vier Jahrzehnten gegenüberstehen. Womöglich würde sich zeigen, daß uns die heutige polnische Generation in der seelischen Aufarbeitung der deutsch-polnischen Tragödie um einiges voraus ist. Es gibt Hinweise aus dem polnischen Kunstschaffen unserer Zeit, die uns gerade im Hinblick auf die politischen Verhältnisse in Polen in Erstaunen versetzen können. Uns geht es jedoch hier und heute um „die Russen“.

Sie waren angesprochen in einem Interview vom Sommer dieses Jahres zwischen der in Berlin erscheinenden Zweimonatsschrift „Neue Zeit“ und Wolfgang Venohr, abgedruckt in der Ausgabe 4/79. Wolfgang Venohr ist der deutschen Öffentlichkeit durch die im Zweiten Deutschen Fernsehen gebrachte Serie „Dokumente Deutschen Daseins“ bekanntgeworden. Sie wurde seit Anfang 1979 ausgestrahlt und fand bei dem historisch interessierten Teil der deutschen Bevölkerung, auch in der „DDR“, ein überwiegend positives Echo. Gefragt, mit welchen Bündnispartnern die Deutschen bei der Lösung der deutschen Frage rechnen könnten, antwortete Wolfgang Venohr: „Mit der chinesischen Karte die Moskowiter zu reizen, kann eine gute kurzfristige Taktik sein, wenn die langfristige Strategie immer klar bleibt: Nur eine enge, gleichberechtigte Partnerschaft der beiden großen Nationen der Russen und der Deutschen kann auf Dauer Europas Frieden gewährleisten.“ Im Vergleich zu unserer in Abschnitt I gegebenen Analyse der seit Jahrzehnten in Mitteleuropa unverändert fortbestehenden politischen Lage drängt sich die rhetorische Frage auf, zu welcher Epoche wohl

jenes Gespräch stattgefunden haben mag, wenn wir es nicht eben gesagt hätten.

Darüber, wie die von Venohr so gebieterisch geforderte „gleichberechtigte Partnerschaft zwischen Russen und Deutschen“ bei der gegenwärtigen machtpolitischen Konstellation in die Wirklichkeit umzusetzen wäre, gibt das Interview bedauerlicherweise keine Auskunft.

Charakteristisch ist nur, was wir zum Ausgangspunkt unserer Betrachtung gemacht haben, wonach über die Lösung der deutschen Frage nachdenkende Deutsche zwangsläufig auf „die Russen“ stoßen. Auch Venohr ist sich hiernach dessen bewußt, daß man „die Russen“ auf dem Wege zu deutscher Selbstbestimmung und zur Wiedererlangung nationaler deutscher Identität nicht wie einen lästigen Fremdkörper gleichsam zur Seite räumen kann. Es handelt sich in der Tat um eines der verwickeltesten Probleme unserer politischen Gegenwart. Man erkennt das Problem. Geht es jedoch darum, Lösungen aufzuzeigen, wird allzu oft auf Allgemeinplätze ausgewichen, um Ratlosigkeit zu kaschieren. Dem müssen wir entgegenzutreten. Andererseits entzieht sich das Problem einer korrekten Analyse, wenn wir nicht bereit sind, aus der Geschichte heraus weiter auszuholen.

Hitler hatte es unternommen, „die Russen“ beiseitezuräumen, und zwar in einem bitter ernst zu nehmenden Sinne. Es ging ihm dabei keineswegs nur um den nach der Ideologie des Marxismus-Leninismus verfaßten Sowjetstaat, wiewohl er dieser Ideologie fremd und feindlich gegenüberstand. Es ging ihm um „die Russen“ an sich. Was ebenfalls bedeutsam war: Er hatte das ersehnte und durchaus legitime Ziel eines deutschen Gesamtstaates für eine flüchtige geschichtliche Episode bereits erreicht, als er sich dies vorgesetzt hatte. Gemessen an diesem Verhängnis, was geschichtlich voranging, ist Wolfgang Venohr freilich wesentlich bescheidener. Er will die „gleichberechtigte Partnerschaft“, also das, was Hitler weit von sich gewiesen hatte. Wenn die Geschichte wirklich eine Gerechtigkeit kennt, düster als „Nemesis“ umschrieben, dann offenbart sie sich im deutsch-russischen Verhältnis unseres Jahrhunderts mit geradezu einschüchternder Deutlichkeit.

Mehr als Hitler ohne Schwertstreich für die deutsche Nation bis 1938 hatte erreichen können, war den Deutschen offenbar nicht zgedacht. Auf mehr hatten die Deutschen eingestandenermaßen auch kaum begründeten Anspruch. Was der deutschen Nation in Gestalt der ehrwürdigen Stadt Danzig und einer Lösung der „Korridorfrage“ vorenthalten blieb, hatte sie in Gestalt von Böhmen und Mähren erlangt, und auch dies war bereits zu viel. Es war zu viel, sofern wir uns der Einsicht beugen, daß jedes Volk, und sei es noch so klein, denselben Anspruch auf nationale Identität erheben kann, wie ihn die Deutschen für sich erhoben haben und noch heute erheben: Die Tschechen wollten keine deutsche Fremdherrschaft, auch wenn sie beschönigend als „Schutzherrschaft“ ausgegeben wurde.

Es ist müßig, der Frage nachzugehen, ob und wie lange sich ein Deutschland in den Grenzen von 1938 in der weiteren Geschichte behauptet hätte, ob die polnische Außenpolitik des Jahres 1939 einen Zustand heraufbeschwor, der Deutschland in der Tat keine andere Wahl gelassen hatte, als den verheerenden Waffengang anzutreten. Viele meinen, eine deutsche Besonnenheit trotz polnischer Ausschreitungen gegen die Volksdeutschen im Sommer 1939 hätte die Existenz der deutschen Groß-

macht nicht in Frage gestellt. Welche Möglichkeiten hätten ausgeschöpft werden können, den polnischen Ausschreitungen gegen die deutsche Minderheit in Polen Einhalt zu gebieten, kann dahinstehen. In jedem Falle dürften diese Ausschreitungen der NS-Reichsregierung zur Rechtfertigung ihrer weiteren Entschlüsse äußerst willkommen gewesen sein.

Nachdem die Feindseligkeiten des Zweiten Weltkrieges erst einmal begonnen hatten, blieb die Sowjetunion trotz des kurz zuvor abgeschlossenen Nichtangriffspaktes mit dem Deutschen Reich für alle weiteren Entscheidungen der NS-Reichsregierung eine ebenso unbekannt wie unheimliche Größe, die sich nur schwer einkalkulieren ließ. Es mußte durchaus damit gerechnet werden, daß die Sowjetunion in dem Ringen unter den „kapitalistischen Staaten“ irgendwann Stellung beziehen würde, im Zweifel sogar gegen Deutschland.

Für Hitler indes war dieses unnatürliche Bündnis mit der Sowjetunion alles andere als eine Herzenssache. Der Historiker Hans Jakob Burckhardt ist es gewesen, der uns eine vertrauliche Äußerung Hitlers überliefert hat, indem Hitler in den ersten Septembertragen 1939 ihm gegenüber bekannte, das deutsch-sowjetische Übereinkommen zur Niederwerfung Polens sei nur ein Zwischenspiel. Alle seine Pläne seien letztlich gegen Rußland gerichtet.

Alles spricht dafür, daß Burckhardt die Wahrheit gesagt hat. Der ideologische Gegensatz zwischen Nationalsozialismus und Kommunismus war so offensichtlich, daß der sogenannte „Stalin-Hitler-Pakt“ nicht nur im Lager der kommunistischen Internationale, sondern auch innerhalb der nationalsozialistischen Bewegung Reaktionen ausgelöst hatte. Doch viel wesentlicher für das Verständnis von Hitlers vertraulicher Äußerung war sein in „Mein Kampf“ festgelegtes Ziel, die weiten Räume Osteuropas der „germanischen Rasse“ als Siedlungs- und Lebensraum verfügbar zu machen. Hitlers Kampfansage galt also nicht allein der Sowjetunion als ideologisch verfaßtem Staatswesen, sondern den in den Räumen Osteuropas lebenden Menschen selbst. Die dort lebenden Menschen – gleichgültig ob Polen, Russen oder Ukrainer – waren der „Fremdkörper“, den es zu beseitigen galt, weil es Menschen slawischer Rasse waren.

Daher war die Theorie vom slawischen „Untermenschen“ – aus anderem Zusammenhang der Gedankenwelt des deutschen Philosophen Nietzsche entlehnt – die Konsequenz zur Rechtfertigung des Endzieles, die in diesen Räumen lebenden Menschen zu dezimieren, die Überlebenden bestenfalls zu vertreiben. Daher auch die hochfahrende Zurückweisung der Bereitschaft Hunderttausender von Kriegsgefangenen russischer Herkunft und anderer, in Rußland beheimateter Nationalitäten, auf deutscher Seite für den Sieg über das verhaßte Sowjetregime zu kämpfen. Daher die zunächst nur heimliche Aufstellung sogenannter Freiwilligen-Verbände durch Kreise aus dem militärischen deutschen Widerstand gegen Hitler, weil die NS-Reichsregierung den Waffenruhm des Sieges über das „bolschewistische Untermenschentum“ nicht mit eben diesen „Untermenschen“ teilen mochte. Daher die Zurückweisung eines offenbar ernst gemeinten sowjetischen Angebotes zu einem Sonderfrieden mit dem Deutschen Reich, als sich das Kriegsglück an der deutsch-sowjetischen Front bereits gegen die deutschen Waffen zu kehren begann, das Sowjetregime aber fürchtete, die Sowjetunion könne bei einer Fortsetzung des mörderischen Ringens ausbluten und am Ende eine Beute ihrer kapita-

listischen Verbündeten werden. – Die Politik der NS-Reichsregierung gegenüber den Überläufern aus dem Lager des Feindes änderte sich erst, als der Krieg für das Deutsche Reich nicht mehr zu gewinnen war.

Sieht man Wolfgang Venohrs Forderung nach „enger, gleichberechtigter Partnerschaft“ vor diesem historischen Hintergrund, so drängt sich die darin liegende Zumutung an die Adresse des russischen Partners geradezu auf. Dies unabhängig davon, wie Venohr die Verwirklichung dieser Forderung verstanden wissen will – als Partnerschaft unter den bestehenden, politisch-ideologischen Bedingungen oder als kulturell-menschliche Beziehung zwischen zwei Völkern, die über die Tagespolitik weit hinausreicht. In beiden Fällen ruft seine Forderung die peinliche Assoziation mit einem Menschen hervor, der völlig ungeniert die Freundschaft zum Opfer seines unlängst erfolglos verübten Mordanschlages sucht. Denn es war nicht Feindschaft zwischen Deutschen und Russen im herkömmlichen Sinne, sondern die ideologisch begründete Leugnung jeglicher Existenzberechtigung des anderen an sich, die dieser Feindschaft von deutscher Seite her jenen abgründigen Charakter verlieh, über die es keine Brücke gab. Daß Wolfgang Venohr in seinem Interview diesen Aspekt mit keinem Wort gewürdigt hat, muß irritieren.

Gewiß lassen sich gegen diese ausschließlich historische Betrachtungsweise auch Einwände erheben. Es ist einmal nicht mehr ganz dieselbe Generation von Russen und Deutschen, die sich heute gegenübersteht. Es darf auch als sicher gelten, daß der weitaus überwiegende Teil der damaligen Generation der Deutschen die wahren Beweggründe ihrer nationalsozialistischen Führung für diesen „nationalsozialistisch-sowjetischen Krieg“ ebensowenig erkannte wie die damaligen Russen selbst, die als Soldaten in Scharen zu den deutschen Linien überliefen oder als Zivilisten ihre „Befreier“ mit Brot und Salz empfangen. Der fehlgeschlagene Versuch einer deutschen Elite, sich ihrer verbrecherischen Führung zu entledigen, sollte ebensowenig der Vergessenheit anheimfallen wie der Ausgleich gegenseitiger Schuld im Gedenken an die deutschen Opfer der Vertreibung aus ihrer angestammten Heimat und der brutalen Ausschreitungen bei dem Eindringen der Roten Armee in die östlichen Teile Deutschlands gegen Ende des Krieges. Schließlich ist da noch der tiefe Eingriff in elementare Lebensinteressen des deutschen Volkes durch die bis in unsere Tage bestehende sowjetische Deutschlandpolitik, wengleich wir nicht wissen, inwieweit sie von der inneren Überzeugung des russischen Volkes mitgetragen wird.

All dies ist sicher richtig, doch Venohr hätte es wenigstens berühren sollen, wenn er so grundsätzliche Fragen unseres Volkes behandelt.

III

Gleichwohl führt die reine historische Betrachtungsweise mit ihrer gegenseitigen Schuldaufrichtung im Verhältnis zwischen Russen und Deutschen nicht weiter, und zwar aus Gründen, die der Geschichte selbst innewohnen. Wie unentbehrlich das Denken und Leben in geschichtlichen Zusammenhängen ist, glauben wir, soeben deutlich gemacht zu haben. Denn die Versöhnung unter Einzelmenschen ohne Aufarbeitung der Gegensätze, die zwischen sie getreten waren, bleibt erfahrungsgemäß zumeist eine unglaubliche Episode. Wenn es unser erklärtes Ziel ist, den Einzelmenschen an die gro-

ßen politischen Entscheidungen heranzuführen und ihn zu einem bewußten Wesen seiner Zeit zu machen, so kann das, was wir über die Beziehungen unter Einzelmenschen gesagt haben, im Verhältnis zwischen Völkern nicht anders sein. Was Wolfgang Venohr vorschwebt, kann also nach unserem Verständnis nicht Sache von Regierungen bleiben, sondern Entscheidungen von solcher Tragweite müssen von den Mehrheiten der Völker aus freier Überzeugung mitgetragen werden. Das Einzelwesen aber kann sich nur frei entscheiden, wenn es mit der Geschichte seines Volkes vertraut ist. Mehr noch: Es wird erst dann frei und mündig, kann im Sinne von Kant seinen Verstand erst dann ohne fremde Anleitung gebrauchen, wenn es in der Geschichte seines Volkes lebt. Anderenfalls wird der Mensch auch in einem Staate freier Verfassung manipulierbar und kann für Interessen und Ziele mißbraucht werden, die nicht die seinen sind.

All dies ändert freilich nichts daran, daß sich die Geschichte immer wieder dadurch von selbst dialektisch aufhebt, daß sie für die Überlebenden neue Aufgaben bereithält. Ihr Geheimnis besteht darin, daß diese Aufgaben erst durch das Geschichtsbewußtsein ihre Logik erhalten. Venohr ist sicher darin beizupflichten, daß eine enge gleichberechtigte Partnerschaft zwischen Russen und Deutschen dem Frieden in Europa weitaus förderlicher wäre als das bisherige System eines äußerst labilen europäischen Gleichgewichts, das, weit davon entfernt, ein System der Kooperation zu sein, nur ein solches gegenseitigen Mißtrauens ist. Ein zusätzlicher Mangel besteht darin, daß dieses labile System nur unter Beteiligung einer raumfremden Macht in Gestalt der USA funktionsfähig erscheint. Die Vorzüge einer engen gleichberechtigten Partnerschaft zwischen den beiden größten Völkern Europas liegen demgegenüber auf der Hand. Hinzuzufügen bleibt, daß eine solche Partnerschaft die Interessen eines lebensfähigen Polen als gemeinsamen Nachbarn in gerechten historisch-geographischen Grenzen zu respektieren hat. Polen wird fortan der Prüfstein bleiben, wie ein solches rein auf Europa bezogenes System in seiner Gesamtheit funktioniert. Auch hierzu stehen uns Erfahrungen aus der Geschichte zur Seite.

IV

Insoweit ist die Konzeption Wolfgang Venohrs durchaus richtig. Haben wir jedoch hierzu eine ausreichende historische Reflexion Venohrs vermißt, so haftet seiner Konzeption darüber hinaus ein noch weitaus ernsterer Mangel an. Sie ist nach unserem Dafürhalten unvollständig, weil kein Adressat ersichtlich ist, an den Venohr seine Forderung nach einer gleichberechtigten deutsch-russischen Partnerschaft richtet. Seine Verlegenheit wird deutlich, wenn er im Zusammenhang mit der „chinesischen Karte“ von den „Moskowitzern“ spricht. Auch hier ließe sich fragen, ob er damit das Sowjetregime oder das russische Volk meint. Das russische Volk wird er mit der „chinesischen Karte“ schwerlich für eine Partnerschaft mit den Deutschen gewinnen können. Da die Geschichte nicht stehen bleibt, ergibt sich die weitere Frage, wie lange sich mit dieser Karte überhaupt noch reizen ließe. Der Verdacht liegt nahe, daß Venohr seine Konzeption auf dem *status quo* aufbauen will, auf dem *status quo* zumindest der innenpolitischen Verhältnisse in der Sowjetunion.

Sein weiterer Rat: „Vor allem immer Bismarck lesen und nie die Interessen der Nation von einer Ideologie abhängig machen“, ist zu wenig im Hinblick darauf, daß Bismarcks Welt noch weitgehend die der dynastisch regierenden Häuser war, eine Welt, die eine ideologisch bestimmte Außenpolitik ohnehin nicht kannte. Bismarck sah sich mithin bei seiner Rußlandpolitik zu keiner Zeit einer Sowjetunion gegenüber, regiert von einem Parteiapparat mit ganz bestimmten ideologischen Vorstellungen von seinem historischen Auftrag. Noch immer sieht sich die Kommunistische Partei der Sowjetunion als Vollstrecker des vom Marxismus-Leninismus vorgegebenen Endzustandes der Kommunistischen Weltrevolution. Es kommt hinzu, daß sie sich als im Alleinbesitz der historischen Wahrheit befindlich betrachtet. Sie wird alle Geschichte stets in einem Sinne interpretieren, der ihren Interessen entspricht, und wir dürfen bereits jetzt sagen, daß sich diese Interessen mit denen des deutschen Volkes an der Wiedererlangung seiner nationalen Existenz nicht in Übereinstimmung bringen lassen, denn wir schreiben nicht mehr das Jahr 1952. Venohr verschließt sich einfach der Tatsache, daß die KPdSU in ihrer Politik seit 1952 dem marxistisch-leninistisch vorgegebenen Endzustand ein bedeutendes Stück nähergekommen ist. Noch ist nicht abzusehen, wann sie den Höhepunkt ihrer außenpolitischen Machtentfaltung erreicht hat. Wahrscheinlich würde sie die kommunistische Weltrevolution sogar verwirklichen, würde sie nicht vorher durch den inneren Zusammenbruch des von ihr geschaffenen Imperiums überholt. Diese KPdSU läßt sich daher nicht vorschreiben, was sie für die Erreichung des Endzustandes der Kommunistischen Weltrevolution für zweckmäßig hält, noch viel weniger wird sie dazu zu bringen sein, gegen ihre Interessen zu handeln.

Wenn Wolfgang Venohr demgegenüber blind ist oder sein will, bestätigt er ein weiteres Mal Lenins Überzeugung, wonach der Bourgeois unfähig sei, nach einer langfristig angelegten Strategie zu denken und zu handeln. Auch er gibt sich den Anschein wie alle Regierungen des nichtsozialistischen Lagers – und wir behaupten ausdrücklich alle – als lebte er in einer Welt, die nicht die unsere ist. Wem diese Welt nicht paßt, deren Spielregeln schon heute weitgehend von Moskau her diktiert werden, kommt ihr nur dadurch bei, daß er sie total verneint. Mit anderen Worten: Die KPdSU läßt sich nur dadurch davon überzeugen, nicht im Alleinbesitz der historischen Wahrheit zu sein, daß man sie zerschlägt und beseitigt. Wer also heute noch in romantisch-verklärter Erinnerung an das Jahr 1813 von einer deutsch-russischen Partnerschaft träumt, muß sich schon an das russische Volk selbst wenden, von dessen Geduld die Führungsspitze der KPdSU existiert. Die Führungsspitze der KPdSU aber lebt nicht nur vom russischen Volk, sie schmarotzt an ihm und behandelt seine Menschen ebenso wie die der übrigen Völker des „Sozialistischen Lagers“ als ihre Leibeigenen. Darin sehen wir die großen Möglichkeiten für die deutsche Sehnsucht nach einer neuen nationalen Identität und Unabhängigkeit. Das deutsche Volk, zu einem Teil ebenfalls unter Leibeigenschaft der KPdSU, ist geteilt und an einem gemeinsamen Handeln gehindert. Das russische Volk ist in seiner Gesamtheit unfrei, doch es lebt mit dem gemeinsamen Feind in enger Berührung. Es hat damit den Schlüssel zur gemeinsamen Freiheit. Die Lage ist zwar spiegelverkehrt mit der von 1812/13, unähnlich ist sie ihr jedenfalls nicht.

Es überrascht uns nicht, daß auch Wolfgang Venohr die große Bedeutung einer deutsch-russischen Partnerschaft erkannt hat. Darin unterscheidet er sich nicht von vielen anderen, die die Geschichte der Deutschen nicht als ausgeschriebenen ansehen. Aber auch er sollte einsehen, daß die Ära Bismarck vorerst vorbei ist, daß man also deutsch-russische Partnerschaft nicht als „Unterpfand europäischen Glückes“, sondern allem voran als bittere Notwendigkeit für die Selbstbefreiung beider Völker erkennen muß. Vor deutsch-russischer Partnerschaft steht also die revolutionäre deutsch-russische Waffenbrüderschaft. All das, was diejenigen verwirrt und entmutigt, die über das deutsch-russische Verhältnis unserer Tage nachdenken, verliert unter der revolutionären Negation des Bestehenden seine Bedeutung.

Seien wir dankbar dafür, daß die Geschichte diesen beiden wesensverwandten Völkern noch einmal einen gemeinsamen Feind geschenkt hat. Denn im Sieg über diesen gemeinsamen Feind werden sich diese beiden Völker endlich wiederfinden.

JUSTUS B. BÜHLOW

KOMMUNISTISCHE LEISTUNGEN IN RUSSLAND Eine Glosse für Unbelehrbare

Da soll einer sagen, daß wir Kommunisten in Rußland nichts geleistet hätten! Tatsache ist, daß wir in der glorreichen Oktoberrevolution von 1917 die russischen Menschen befreit haben, vor allem von ihrem Eigentum. Was die Beseitigung der zaristischen Knechtschaft betrifft, waren uns zwar die bürgerlichen Klassenfeinde in der sogenannten Februarrevolution von 1917 heimtückisch zuvor gekommen. Das schweigen wir aber lieber tot. Jedenfalls haben wir dem Zarismus den Rest gegeben, indem wir die kaiserliche Familie heldenhaft erschossen haben. Und da wir gerade beim Erschießen waren, haben wir ein paar Millionen lästige Demokraten gleich mit erschossen.

Ferner haben wir die Landwirtschaft geregelt. 10 Prozent des russischen Bodens waren damals bereits in Staatsbesitz. Die bekamen wir sozusagen als Morgengabe. Weitere 10 Prozent gehörten den bösen Großgrundbesitzern. Denen haben wir das Land natürlich abgenommen. Und den kleinen Bauern, denen damals 80 Prozent des russischen Landes gehörten, haben wir ihre Äcker dann auch abgenommen, damit sich diese armen werktätigen Bauern damit nicht mehr herummühen mußten. Unter unserer Leitung hat sich die Landwirtschaft dann enorm entwickelt. So haben wir beispielsweise im Jahre 1966 bereits wieder den Viehbestand von 1913 erreicht, und die Getreideproduktion ist bei uns fast so schnell gestiegen wie die Bevölkerungszahl.

Besonders viel haben wir aber für die Industrie getan. Damals war Rußland ja, wie alle Dummköpfe im Westen nachplappern, ein zurückgebliebenes Land. Es stand unter den Industrieländern der Welt nur an fünfter Stelle und im Maschinenbau hatte man sogar nur einen kümmerlichen dritten Platz erreicht. Das haben wir geändert. Nachdem wir aus taktischen Gründen, um den bösen Klassenfeind zu täuschen, erst einmal die Wirtschaft völlig ruiniert hatten, haben wir sie mit Hilfe des Klassenfeindes wieder aufgebaut.

Heute können wir zwar immer noch nicht genügend Kochtöpfe, Kleider und Schuhe produzieren, in Atombomben und Mondraketen sind wir aber führend. Das ist doch schließlich auch etwas! Die sowjetischen Menschen sind glücklich, daß sie sozusagen barfuß zum Mond gehen können. Und wenn der Aufbau bei uns weiter so steil aufwärts geht, werden wir in 100 Jahren vielleicht sogar ohne die Hilfe des kapitalistischen Westens, wo das Elend ja immer größer wird, leben können.

auch „Stimme der Freiheit“

**Werben auch Sie für uns !
Benutzen Sie die beiliegende
Werbeantwortkarte –
auch für Buchbestellungen**

DIE ÖKOLOGISCHEN PROBLEME DER SOWJETUNION

EIN VORTRAG VOR DER DEUTSCH-RUSSLÄNDISCHEN GESELLSCHAFT

(Schluß)

Probleme und Hindernisse beim Umweltschutz

Eine nicht zu unterschätzende Rolle bei dem Schutz und der Erhaltung der Natur spielen die sittlichen Qualitäten des Menschen, sein Verantwortungsbewußtsein gegenüber der Umwelt. In der Sowjetunion fehlt dieses Verantwortungsbewußtsein in hohem Maße dem Volk, aber in erster Linie und völlig fehlt es den Vertretern der obersten Staatshierarchie. Komarov erzählt zum Beispiel wie Marschall Tschujkov, zur Zeit als er Stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates war, für seine Kumpane aus der Armee und dem Staatsapparat eine Jagd im Naturschutzpark Kysyl-Agac veranstaltete. Der Marschall traf mit seiner Gefolgschaft dort auf Geländefahrzeugen ein. Sogar eine Feldküche hatten sie mitgebracht. Zunächst schossen sie Enten und andere Wasservögel, später aber setzte sich der Marschall in einen Hubschrauber und feuerte, nachdem er eine Gruppe von Wildschweinen entdeckt hatte, auf sie aus seiner Maschinenpistole Nach der Jagd kamen dann Panzer, um die im Sumpf stecken gebliebenen Geländefahrzeuge herauszuziehen. An der Jagd des Marschalls nahmen also alle wichtigen Truppengattungen mit Ausnahme der strategischen Raketruppen teil. Höhere Militärs pflegen auch von Hubschraubern aus Eisbären zu jagen. Wenn die Elite des Landes so verantwortungslos handelt, kann man dem Wilddieb, den der ständige Fleischmangel dazu bringt, die Jagdgründe zu plündern, nur schwerlich einen Vorwurf machen.

1963 wurde in allen Unionsrepubliken ein Naturschutzgesetz eingeführt. Aber ein ähnliches, für die ganze Sowjetunion geltendes Gesetz gibt es bis heute nicht und ist von der Kommission für Gesetzesvorschläge des Obersten Sowjets der UdSSR auch nicht geplant. Für die Praxis bedeutet dies, daß zum Beispiel die Großindustrieunternehmen, die von den Allunionsministerien in Moskau geleitet werden, an kein Naturschutzgesetz gebunden sind, da die Gesetze der Republiken, auf deren Territorien sie sich befinden, für sie nicht verbindlich sind. Aber gerade diese Großindustrieunternehmen verursachen in der Regel auch die größte Umweltverschmutzung. Die Einhaltung der Naturschutzgesetze wird im Prinzip durch Komitees bei den republikanischen Ministerräten überwacht. Diese Komitees stehen jedoch unter starkem Druck von seiten höherer Instanzen, der die Wirksamkeit der Überwachung in Frage stellt. Auch wenn Industriebetriebe wegen Nichtbeachtung der Umweltvorschriften zu Geldstrafen verurteilt werden, kommt für sie eine weitere Übertretung der Gesetze in der Regel rein wirtschaftlich gesehen billiger als technologische Änderungen in der Produktion. So bleibt denn der Naturschutz in der Sowjetunion bis auf weiteres mehr Schein als Wirklichkeit.

Weder das persönliche Verantwortungsbewußtsein des Menschen noch gesetzgeberische Maßnahmen schützen also die Natur vor der Verschmutzung und Vernichtung. Ebenso ist es müßig, auf die Wirksamkeit administrativer und organisatorischer Vorkehrungen in der Wirtschaft zu hoffen. Namhafte Spezialisten sind nämlich der Meinung, daß neun von zehn ökologischen Problemen nicht wissenschaftlicher, sondern wirtschaftsorganisatorischer Art sind. So gibt es denn eine Vielzahl von Beispielen für Nachlässigkeiten in der Organisation der Arbeit der Betriebe, die zu

beträchtlichen Umweltbelastungen führen. Wir wollen hier nur zwei nennen:

- Der Wasserverbrauch für die Produktion einer Tonne Stahl derselben Qualität und Marke schwankt in der Sowjetunion von 25 bis 764 t in Abhängigkeit davon, wieviel Wasser in der Region des Stahlwerkes vorhanden ist. Da das Wasser im Lande nicht kostet, sind die Betriebe weder aus finanziellen noch aus anderen Gründen daran interessiert, diese Situation zu ändern. Akademiker und Professoren haben versucht, die Regierungsorgane von der Notwendigkeit zu überzeugen, das Prinzip des „kostenlosen Wassers“ aufzugeben. Auf der Ebene des ZK der KPdSU wurde ihr Vorschlag aber abgewiesen mit der Begründung, dies widerspräche den Prinzipien der sozialistischen Wirtschaft.
- In der Sowjetunion werden im Durchschnitt 80% der verwendeten Düngemittel von den Feldern weggeschwemmt, in Estland sogar 90%. Die ausgewaschenen Mineralsalze geraten in die Gewässer als Nährstoffe und bewirken dort ein unheilvolles Überhandnehmen der Blau- und Grünalgen. Dabei muß man noch in Betracht ziehen, daß im Lande ohnehin weit mehr Mineräldünger verwendet wird als bei uns. In den USA beträgt übrigens der Prozentsatz der weggeschwemmten Dünger ungefähr 36%, in Japan 20%.

Aber auch das System der totalen Planwirtschaft, d.h. die Struktur der sozialistischen Wirtschaft als solche, stellt sich der Lösung oder Milderung der ökologischen Probleme als Hindernis in den Weg. Dabei muß das System der totalen Planwirtschaft als prinzipielles Hindernis betrachtet werden. Ein System, das sich ausschließlich an Plan- und Produktionsziffern orientiert, kann nur zu einem System der reinen Ausbeutung der Naturschätze führen und nicht zu ihrer Nutzung. In einem solchen System hat jede ökologische Einheit, jeder Wirtschaftszweig und jedes Ministerium einen Plan zu erfüllen d.h. mit möglichst geringem finanziellen Aufwand eine bestimmte Produktionsleistung zu erbringen. Wie das geschieht und auf wessen Kosten, ist höchstens eine zweitrangige Frage. So erfüllt das Ministerium für Melioration seinen Plan und „verbessert“ Millionen von Hektar Land. Was aber die Melioration aus diesem Land macht, kümmert das Ministerium nicht, das ist nicht seine Sorge. Der Auftraggeber für Meliorationen ist auch nicht der Bauer, der letztlich das Land bestellen muß, sondern einzig und allein das Landwirtschaftsministerium und seine Unterorganisationen. Die Beamten interessieren sich für den Zustand der einzelnen landwirtschaftlichen Betriebe nicht. Die Hauptsache ist, sie können zeigen, daß sie das Plansoll der Vergrößerung der landwirtschaftlichen Nutzfläche erfüllt haben. Ebensowenig interessiert es die Stahlindustrie, wieviel Wasser sie verbraucht, denn danach fragt der Plan nicht.

Aus demselben Grund stößt die Einführung neuer Technologien, die weniger oder fast keine Abfälle produzieren, und die systematische Wiedereingliederung von Abfallprodukten in den Produktionskreislauf auf fast unüberwindbare Schwierigkeiten. Zwar hat eine spezielle Tagung der Akademie der Wissenschaften der UdSSR die Entwicklung solcher Technologien als den grundsätzlichen Weg der sowjetischen Industrie bezeichnet. In der Praxis

aber zeigt es sich, daß davon niemand einen Nutzen hat. Weshalb sollte sich ein Ministerium die Mühe machen und mit großem finanziellen Aufwand ein Kombinat zur Verarbeitung von Abfallprodukten in Rohstoffe für andere Industriezweige erstellen, wenn sich dies im Plan nicht positiv niederschlägt, sondern im Gegenteil die Planziffern des Ministeriums auf einige Jahre hinaus verschlechtert? 140.000 Tonnen Asche täglich werden die neuen thermischen Kraftwerke in der Region von Ekibastus in einigen Jahren ausstoßen. Aber wann der erste Versuchsbetrieb zur Verarbeitung dieses Abfallprodukts, das zum Teil ein ausgezeichnete Rohstoff für die Aluminiumindustrie darstellt, gebaut wird, weiß bis heute niemand. In diese Sache sind nämlich drei Ministerien verwickelt. Die riesigen Ascheberge werden jedoch für die Einwohner jener Region eine Katastrophe bedeuten.

Im Fünfjahresplan von 1975 - 80 hat die sowjetische Regierung elf Milliarden Rubel für den Naturschutz und die Entwicklung neuer Technologien bewilligt. Sicherlich ist das ein beeindruckender Betrag. Dennoch zweifeln die Spezialisten daran, daß diese riesige Summe positive ökologische Auswirkungen haben wird. Denn im Lande weiß gewöhnlich die rechte Hand nicht, was die linke tut. So hoffen die Spezialisten, daß wenigstens der Schaden, den diese elf Milliarden anrichten werden, nicht größer ist als der Nutzen. Nach der Meinung der Fachleute sind trotz allem weder die Trägheit noch die mangelnde Flexibilität die schlimmsten Eigenschaften, die den bürokratischen Staatsapparat auszeichnen. Viel schlimmer noch ist die rücksichtslose Entschlossenheit, mit dem er seine Interessen verteidigt. Was heißt das, und welche Interessen sind damit gemeint? Ich habe schon früher im Zusammenhang mit der Bestimmung der Normen für Schadstoffe erwähnt, daß die sowjetische Regierung die ökologischen Daten zur „strategischen Information“ erklärte, als Amerika ein größeres gemeinsames Programm vorschlug. Damit sind die strategischen Interessen gemeint, die der militärisch-wirtschaftliche Komplex vertritt. Die „strategischen Interessen“ des Landes und die „strategischen Notwendigkeiten“ dienen in der Sowjetunion als Rechtfertigung für alle möglichen, kleinen und großen Verbrechen gegen die natürliche Umwelt. Denn gegen Projekte, die zu „strategischen“ erklärt wurden, gibt es und kann es keinen Einspruch geben. Auch die seriösesten ökologischen Argumente finden kein offenes Ohr. Im Gegenteil, Leute, die versuchen, gegen strategische Projekte zu protestieren, oder auch nur den Wunsch äußern, Änderungen anzubringen, müssen damit rechnen, des Antisowjetismus oder „Sacharowismus“ beschuldigt zu werden. Da der militärisch-wirtschaftliche Komplex viele strategische Objekte besitzt, da seine Interessen die ganze Volkswirtschaft durchziehen und diese Entwicklung ihren Höhepunkt noch nicht erreicht hat, geht die Schädigung und Vernichtung der Natur im Lande in großem Maßstab im Eiltempo voran. Die Lage scheint beinahe ausweglos. Denn wo sind die Kräfte, die gegen diese unheilvolle Verstrickung von militärischen, wirtschaftlichen und politischen Interessen ankämpfen könnten, gegen diese mächtige Interessengemeinschaft, die niemandem untergeordnet und niemandem Rechenschaft schuldig ist, die niemand kontrolliert? So sind denn die Befürchtungen der Fachleute nicht unbegründet, daß früher oder später die rücksichtslose Durchsetzung der Interessen des militärisch-wirtschaftlichen Komplexes das gesamte ökologische Gleichgewicht des Landes entscheidend stören könnte. Dann müßten wohl

oder übel Maßnahmen ergriffen werden, Maßnahmen, die sich wie in allen Katastrophensituationen nicht durch besondere Liebe zur Demokratie auszeichnen werden.

Aber nun einige Beispiele aus der Praxis zur Illustration. Komarov widmet in seinem Buch ein ganzes Kapitel der Tragödie des Baikalsees. Der Baikalsee ist bekanntlich eines der kostbarsten Naturwunder der Erde. 1967 wurde dort ein riesiges Zellulosekombinat in Betrieb genommen. Dem Bau ging eine große öffentliche Diskussion voran, die erste und bisher einzige öffentliche Diskussion in der Sowjetunion über eine ökologische Frage. Niemand konnte verstehen, wieso das Zellulosekombinat unbedingt am Baikalsee gebaut werden mußte. Komarov nennt uns den Grund, der bis heute verschwiegen wurde. Das Verteidigungsministerium benötigte ein spezielles, widerstandsfähiges Kordgewebe für die Reifen schwerer Bombenflugzeuge. Aus Kanada oder Schweden wollte man es nicht importieren. Zur Produktion dieses Kordgewebes brauchte es aber große Mengen reinsten Wassers. In der ganzen Sowjetunion erfüllten nur zwei Standorte diese Bedingungen – der Ladogasee und der Baikalsee. Letztlich entschied man sich für den Baikalsee, weil der Ladogasee die Trinkwasserreserve für das ganze Gebiet Leningrad darstellt und in jenem Raum ohnehin viel Industrie angesiedelt ist. Heute kann man dasselbe Kordgewebe in der Sowjetunion auch aus Erdöl herstellen. Das Zellulosekombinat bleibt aber in Betrieb. Es figuriert eben im Plan und muß produzieren ... Bei der Goldgewinnung verwüsten die Bagger rücksichts- und erbarmungslos die Läufe der großen und kleinen Flüsse in Sibirien und im Hohen Norden. Die Regierung hat alle Naturschutzgesetze für jene Regionen außer Kraft gesetzt, wo Gold gewonnen wird. Das ist nur verständlich, denn Gold ist ein „strategisches Produkt“. Als „strategische Notwendigkeit“ wird die weitverbreitete Wilddieberei in der Armee bezeichnet. An einigen Orten praktiziert man schon seit langem und in allem Ernst die Jagd auf Hirsche mit Boden-Boden-Raketen, die mit ihren wärmeempfindlichen Sensoren die Tiere aufspüren.

Natürlich stellt die Atomenergie ein ureigenes „strategisches Interesse“ des militärisch-wirtschaftlichen Komplexes dar. Gegen Kernkraftwerke können Einwände nicht einmal in der internen, der Geheimhaltung unterliegenden Presse, die nur einem engen Kreis von Spitzenfachleuten und Politikern zugänglich ist, vorgebracht werden. Dafür wird die Entwicklung anderer, sauberer und vom ökologischen Gesichtspunkt aus vernünftigerer Energiearten nur wenig gefördert. Für 1978 war zum Beispiel der Baubeginn des ersten Magnetohydro-Generators der Welt geplant. 1977 teilten aber Spezialisten an einer Konferenz in Akademgorodok bei Nowosibirsk mit, daß das Projekt aufgegeben werde, weil für den Generator kein Geld zur Verfügung stehe. Mit der Sonnenenergie steht es ähnlich. Bis 1965 wurde auf diesem Gebiet zwar ausgezeichnete Arbeit geleistet, es konnten technologisch hochwertige Sonnenbatterien entwickelt werden, aber ihre industrielle Produktion blieb aus. Dabei können in den sonnenreichen mittelasiatischen Gebieten nach Berechnungen 15 - 20% des gesamten Energiebedarfs durch die Sonnenenergie gedeckt werden. Das ist nicht wenig, besonders, wenn man die ökologische Situation Mittelasiens berücksichtigt. Viele Geologen erklären zudem die schweren Erdbeben in jenen Regionen mit der schnellen Leerung der Erdgaslager.

Die Diskussion und die Atomenergie ist bei uns in

vollem Gange. Das ist gut so, auch wenn man sich hin und wieder mehr Sachlichkeit wünschte. Diese Diskussion hat das Verantwortungsbewußtsein der Politiker und auch der Öffentlichkeit aufgerüttelt und gezeigt, daß zumindest in der Vergangenheit nicht selten bei den Sicherheitsvorkehrungen gespart wurde. Eine solche öffentliche Kontrolle fehlt und ist in der Sowjetunion auch nicht möglich. Deshalb ist es schwierig, zu sagen, wie sicher die Kernkraftwerke, deren Bau mit unverminderter Geschwindigkeit vorangetrieben wird, dort sind. Ich nehme an, daß auch für sie dieselben planwirtschaftlichen Regeln gelten wie für andere Betriebe: Produktion von möglichst billiger Energie. In diesem Zusammenhang scheint es mir aber bemerkenswert, daß es in den Kernkraftwerken des Landes in der Vergangenheit zu mehreren Unfällen gekommen ist. Wie der Energieminister *Neporoshnij* zugab, soll es in einem Fall in einem Kernkraftwerk zu einer Explosion, in einem anderen zum Austritt radioaktiver Strahlung und in einigen weiteren zu Bränden nicht näher bezeichneten Ausmaßes gekommen sein. Wo und wann sich diese Unfälle ereigneten, sagte der Minister nicht. Er sagte nur, die genannten Störfälle würden die Sowjetunion nicht davon abhalten, die Entwicklung der Kernenergie voranzutreiben. In Fachkreisen ist aber in der Sowjetunion allgemein bekannt, daß die geheimnisvolle Explosion, die 1958 in der Nähe Tscheljabinsk stattfand, die Explosion einer Atommülldeponie gewesen ist. In einem Umkreis von ungefähr 200 km wurden damals alle Anpflanzungen, Tiere und Häuser vernichtet. Die Bevölkerung wurde evakuiert. Die entstandene radioaktive Wolke zog glücklicherweise an Swerdlowsk vorbei durch eine verhältnismäßig nur dünn besiedelte Gegend Richtung Nordosten. Die Zahl der Menschenopfer bleibt bis heute geheim.

Aber nicht nur die Kernkraftindustrie des zivilen Bereiches kann ökologische Schäden ungeahnten Ausmaßes anrichten, auch der militärische Bereich leistet dazu einen nicht unwesentlichen Beitrag. So wurde zum Beispiel festgestellt, daß nach den Atombombenversuchen in den Steppen von Kasachstan die Saigas, eine in jenen Steppen heimische Antilopenart, stark radioaktiv verseucht waren. Wahrscheinlich geschah die Verseuchung nicht direkt, sondern durch den Boden und die Pflanzen, von denen sich die Tiere ernähren. Auf jeden Fall wurden in Zelino-grad, Turgaj und anderen Städten Nordkasachstans ganze Wagenladungen von gejagten Saigas wegen zu hoher Radioaktivität im Fleisch für ungenießbar erklärt. Die Atomversuche, welche die Sowjetunion auf der Insel Nowaja Semlja im Eismeer durchführt, haben ebenfalls schwere Folgen. Kapitän *Lysenko*, der früher der sowjetischen Fischereiflotte angehörte, berichtet, daß sogar in 300 Seemeilen Entfernung von der Insel die Fische nicht selten eine viel zu hohe Radioaktivität aufweisen. Die Fischkutter sind dort mit Geigerzählern ausgerüstet. Derselbe Kapitän bekam in einem Gespräch mit dem Zweiten Sekretär des Gebiets von Murmansk zu hören, daß der Stadt und der Region mindestens 10.000 Krankenhausbetten fehlen, weil die Zahl der Leukämiefälle als Folge der Atomversuche auf Nowaja Semlja so stark angestiegen ist.

Wenn man die Position charakterisieren will, welche die Vertreter der strategischen Interessen des Staates gegenüber der ökologischen Frage einnehmen, so muß man sagen, daß heute nicht mehr nur die Kohle, das Erdöl und andere Bodenschätze zu den strategischen Ressourcen gezählt werden müssen, sondern auch die saubere

Luft, der Boden und das Wasser. Die riesigen Flächen unberührten Landes, die man für Mülldeponien verwenden kann, ohne Millionen in die Beseitigung und Verarbeitung der Abfälle investieren zu müssen, sind auch eine strategische Reserve. Daß dies wirklich so ist, bestätigt sich darin, wie die offiziellen Ökopolitiker den Standpunkt der sowjetischen Regierung erklären. Von ihnen kann man nach Komarow ungefähr folgendes hören: „*Natürlich läßt der Zustand der Natur im Lande viel zu wünschen übrig. Natürlich zerstören wir vieles und zerstören es umsonst. Aber es ist auch kein Geheimnis, daß Investitionen in die Ökologie im allgemeinen unwiederbringlich sind, und das ist auch eine strategische Frage. Wenn wir vorläufig noch nicht sehr viel investieren, können wir dafür mehr in die Entwicklung der Wirtschaft stecken, Und je mehr sie; (d.h. in diesem Fall die USA), in die Ökologie investieren müssen, desto weniger bleibt ihnen für die Entwicklung der Wirtschaft übrig. Was das Territorium und viele Ressourcen betrifft, so sind wir besser dran. Deshalb müssen wir diesen strategischen Vorteil vor der USA ausnützen*“.

Es bleibt uns jetzt noch ein wenig Zeit, um ein paar Schlußfolgerungen aus dem zu ziehen, was heute gesagt wurde.

Die sowjetische Regierung kann und will auch nicht die im Lande entstehenden ökologischen Probleme lösen. Die Regierung kann sie nicht lösen, weil dazu politische Entscheide und eine radikale Überprüfung der der sozialistischen Wirtschaft zugrunde liegenden Werte notwendig wären. Vom Gesichtspunkt der Ökologie aus betrachtet, zeichnet sich die sowjetische Wirtschaft durch eine Überproduktion der verschiedensten Arten von Abfällen und durch eine mangelnde Produktion der für die Bevölkerung lebenswichtigen Waren aus. Die Überproduktion von Abfällen jeder Art führt zu einer Umweltverschmutzung riesigen Ausmaßes mit Folgen für die Gesundheit des Menschen. Die mangelnde Produktion von lebenswichtigen Waren zieht eine übermäßige und rasche Ausbeutung der Natur und natürlicher Ressourcen nach sich, bis hin zu ihrer Zerstörung und Erschöpfung.

Die sowjetische Regierung ist nicht daran interessiert und will die ökologischen Probleme nicht lösen, weil ihre Politik im innen- wie im außenpolitischen Bereich ausschließlich von den „strategischen Interessen“ des militärisch-wirtschaftlichen Komplexes diktiert wird. Diese strategischen Interessen durchdringen das ganze Wirtschaftssystem von der Landwirtschaft bis zur Schwerindustrie. Der militärisch-wirtschaftliche Komplex mit der kommunistischen Regierung an der Spitze betrachtet die Natur und die natürlichen Ressourcen an des Landes als materielle Basis, die notwendig ist, um die globalen außenpolitischen Ziele zu erreichen. Diese außenpolitischen Ziele sind – die Bezwingung des Westens und der Sieg des Kommunismus in der ganzen Welt. Für die Erreichung dieser Ziele ist die kommunistische Regierung bereit – wie heute, so auch morgen – alle Naturschätze und Ressourcen des Landes zu opfern. Falls es sich als notwendig erweisen sollte, beabsichtigt sie, die Überlegenheit, was Naturschätze und Ressourcen betrifft, gegenüber den freien Ländern als „letzte Trumpfkarte“ im Kampf um die Vorrangstellung des Kommunismus in der Welt auszuspielen. Alle sachlichen Argumente gegen diese Politik und ihre Auswirkungen im ökologischen und wirtschaftlichen Leben des Landes werden von der sowjetischen Führung als antisowjetische Tätigkeit betrachtet und auf der Stelle unterbunden. Eine Änderung dieser Lage ist nicht in Sicht.

BRIGITTE LANGE

Die diésjährigen Gedenkfeiern zur Erinnerung an die Männer des deutschen Widerstandes gegen Hitler haben im Laufe der Jahre den Charakter eines Rituals angenommen. Beide Teile Deutschlands berufen sich auf das geistige Vermächtnis dieser weitgehend vom NS-Regime ausgelöschten Elite, ohne daß der überzeugende Versuch unternommen worden wäre, den Charakter der beiden deutschen Teilstaaten zu diesem Vermächtnis in Beziehung zu setzen.

In Mitteldeutschland entstand ein Staat, der frühzeitig begann, die Überlieferungen der deutschen Geschichte aufzubereiten und für sich nutzbar zu machen. Zu Unrecht, wie wir meinen. Denn ein Staat mit einer nach einigen Zehntausend zählenden Funktionärsoberschicht, die aufgrund einer erstarrten Ideologie einen absoluten Gehorsamkeitsanspruch gegenüber 17 Millionen Deutschen erhebt, entsprach in keiner Weise den Vorstellungen der Männer, die, verschiedensten Ständen angehörend und aus den verschiedensten politischen Lagern stammend, schließlich durch die gewaltsame Beseitigung Hitlers das deutsche Schicksal zu wenden hofften.

Aber auch wir im nichtsozialistischen Teil Deutschlands müssen uns ehrlich fragen, was wir vom geistigen Vermächtnis dieses deutschen Widerstandes in die politische und gesellschaftliche Wirklichkeit übernommen haben. Wir verfügen zwar über eine der freiesten Verfassungen, die auch dem geistigen Leben weiteste Entfaltung sichert. Dennoch leben wir fernab von unserer Geschichte, viel ferner, als dies in dem mitteldeutschen Zwangsstaat geschieht, in der eine Oberschicht nach Weisung einer ideologisch nicht minder erstarrten Weltmacht, der Sowjetunion, verfährt und regiert. Über ein geistiges Leben verfügen wir kaum – den Rest überlassen wir einer notorisch linkslastigen Intelligenzia, die noch immer keine wirklich bahnbrechenden Ideen, ja nicht einmal überzeugende Alternativen zu den brennenden Fragen anzubieten weiß, die wir unter „ökologischer Zeitbombe“ verstehen. Von den großen philosophischen Traditionen unseres Landes ist nahezu nichts lebendig geblieben. Wir sind der Erlösung von einem Ökonomismus dringend bedürftig, der uns alle bis zur Unmenschlichkeit knechtet. Wir hetzen von Wahltermin zu Wahltermin. Am Bildschirm verfolgen wir die Resultate gleich einem Fußball-Länderspiel. Wir unterliegen Einflüssen aus anderen Ländern, wogegen im Grundsatz nichts einzuwenden wäre, würde es uns wenigstens gelingen, sie für unsere Verhältnisse umzuprägen. Für ein Volk, das zu einer geistigen Mittlerfunktion zwischen West und Ost bestimmt ist, ist all dies herzlich wenig.

Das ist jedenfalls nicht das „Heilige Deutschland“, das der militärische, revolutionäre Kopf des deutschen Widerstandes, Claus Schenk Graf von *Stauffenberg*, leben ließ, als er in der Nacht zum 21. Juli 1944 im Hof des deutschen Generalstabes in der Berliner Bendlerstraße unter den Kugeln eines Hinrichtungskommandos starb. Sollten die Männer des 20. Juli fortan nur noch eine Alibifunktion in unserem Bewußtsein einnehmen, indem wir gegenüber dem Ausland darauf verweisen können, daß da noch ein anderes Deutschland war, ein Deutschland, das sich nicht über jegliches Naturrecht bedenkenlos hinweggesetzt hatte, so würden wir Nachfolgenden dem Andenken dieser Männer nicht gerecht. Sie hatten sich vor allem anderen für uns geopfert, nicht allein für ein besseres Deutschlandbild im Ausland.

Der entschlossenen Tat durch einen infolge Fronteinsatzes einäugig und einarmig gewordenen Generalstabs-offiziers war ein jahrelanges, inneres Ringen um die Bedeutung eines einmal geleisteten Treueeides vorausgegangen. Dieser schwere Gewissenskonflikt wurde schließlich zugunsten der Überzeugung gelöst, daß der, dem der Eid zu leisten war, seine Treuepflicht seinerseits gegenüber seinem Volk und den ihm anvertrauten Soldaten gröblich verletzt hatte. Erfassen und bewahren wir dieses revolutionäre Element der Widerstandsbewegung in seiner ganzen Bedeutung, dürfen wir hoffen zu bestehen, wenn wir am Beispiel dieser Männer gemessen werden. Doch auch denen gebührt Respekt, die aus christlichen Denktraditionen heraus die gewaltsame Beseitigung des Tyrannen nicht billigten; denn vor dem Letzten bewahrt blieben sie deshalb nicht. *Ihrer aller wartet der Strick*“, wie eines der Opfer, Albrecht Haushofer, in seinem ergreifenden Abschieds-Sonett über seine Weggefährten sagt.

Beide Charaktere, die revolutionären wie die stillen, tief empfindend, sind es, die uns heute fehlen. Arbeiten wir an uns, damit wir die Lücke allmählich schließen, die eine niedrige Rache in den Reihen unseres Volkes hinterlassen hat.

JUSTUS B. BÜHLOW

ZUM 40. JAHRESTAG DES PAKTES ZWISCHEN DER SOWJETUNION UND DEM NATIONALSOZIALISTISCHEN DEUTSCHLAND

Durch den Pakt zwischen der Sowjetunion und dem nationalsozialistischen Deutschland vom 23. August 1939 wurde das Gebiet des Baltikums der Sowjetunion unterstellt. Stalin und Hitler teilten ihre Interessensphären in Ost- und Mitteleuropa auf und zerstörten die Selbständigkeit und die territoriale Unantastbarkeit von Estland, Lettland, Litauen, Polen und Rumänien. Der Pakt gab Hitler freie Hand, den Zweiten Weltkrieg zu beginnen und führte zur Annexion der Baltischen Staaten durch die Sowjetunion. Die sowjetischen Streitkräfte besetzten Estland, Lettland, Litauen und Bessarabien im Juni 1940. Stalin dominierte auf den Konferenzen von Teheran und Jalta, und seine trügerische Diplomatie sicherte der Sowjetunion die Machtpositionen in Ost- und Mitteleuropa.

Während des zweiten Weltkrieges besetzten die Deutschen das Gebiet des Baltikums für die Dauer von drei Jahren (1941–1944). Die Okkupation des Baltikums und seine illegale Annexion stellen Verbrechen gegen das Internationale Recht dar, die nicht als innere Angelegenheit der Sowjetunion angesehen werden können.

Mit der Annexion brach die Sowjetunion die mit Estland, Lettland und Litauen im Jahre 1920 geschlossenen Friedensverträge, in denen die Selbständigkeit dieser Staaten für ewige Zeit garantiert worden war, sowie die Nichtangriffsverträge mit diesen Staaten. Die von der Sowjetunion kontrollierten kommunistischen Regierungen haben in diesen Ländern die Grundfreiheiten und die Menschenrechte unterdrückt. Seit der Okkupation haben die sowjetischen Machthaber in diesen Gebieten eine derart systematische physische Vernichtung und Verschleppung der Bevölkerung durchgeführt, wie man sie noch nie gesehen hat. In den Baltischen Staaten begann diese schwere Gewaltanwendung mit den Massenverschleppungen vom 14. Juni 1941.

Die Vereinten Nationen und das Nürnberger Tribunal haben erklärt, daß Verbrechen gegen die Menschlichkeit, wie Konzentrations- und Zwangsarbeitslager, zu verurteilende und strafbare Handlungen sind. Die Machthaber im Kreml aber führen heute in der Sowjetunion Terrorakte durch. Keine Macht in Europa, mit Ausnahme der nationalsozialistischen, hat jemals

so schwere Verbrechen gegen die Menschenrechte begangen, wie die Sowjetmacht. Das System der Zwangsarbeitslager ist eine Erfindung der Sowjetunion, die schon seit dem Jahre 1921 tätig ist. Das Ziel bestand in der physischen Beseitigung der „Staatsfeinde“ mit Hilfe der Zwangsarbeitslager. Die Lebensbedingungen in den Lagern waren – und sind weiterhin – unmenschlich. Die Mehrzahl der Opfer kommt aus den Lagern nicht lebend zurück. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden aus dem Baltikum mehr als 600.000 Esten, Letten und Litauer nach Sibirien verschleppt und an ihre Stelle mehr als eine Million Russen gebracht. Diese Politik dauert auch heute noch an.

Wir fordern die Beendigung der religiösen und nationalen Verfolgung in der Sowjetunion und in den Ländern des Ostblocks, daß diese Länder die Menschenrechte und Grundfreiheiten respektieren, wie sie in der Allgemeinen Deklaration der Menschenrechte der Vereinten Nationen und der Schlußakte der Konferenz von Helsinki zum Ausdruck gebracht worden sind.

Wir richten die Aufmerksamkeit der Öffentlichen Meinung der Welt auf den organisierten Terror, auf Neokolonialismus und Russifizierung in den Baltischen Staaten und den anderen Ländern des Ostblocks.

Wir fordern den Rückzug der sowjetischen Truppen aus den Baltischen Staaten und die Wiederherstellung des Selbstbestimmungsrechtes für die baltischen Völker.

Wir hoffen, daß die Regierungen der Westlichen Welt ihre bisherige Politik fortsetzen, indem sie sich weigern, auf irgendeine Weise die sowjetischen Annexion der Baltischen Staaten anzuerkennen.

aus „INTERNATIONALE CHRISTLICHE AKTION“ Bad Vilbel

Film

AM ABEND SCHUF GOTT DAS BIER

„Am ersten Tag schuf Gott die Erde und das Meer. Am Abend machte er Bier für die Deutschen.“ Mit diesem Begleittext zu aus dem Zapfhahn rauschendem Bier beginnt ein neuer sowjetischer Dokumentarfilm, der mit einigen alten Klischees vom „häßlichen Deutschen“ aufräumen soll. Der Regisseur von „FRG – Urok Njemetskowo“ (zu deutsch etwa: „BRD – eine Lektion in deutsch“), Anatolij Koloschin, erklärte bei der Vorstellung seines Werks in Moskau, die Bundesrepublik Deutschland sei „Neuland“ für sowjetische Kino-Besucher. Der Film zeichnet ein Bild Westdeutschlands, das einige DDR-Propagandisten mit Sicherheit vergrämen dürfte. Gezeigt wird ein wohlhabendes, blühendes Land, in dem allen kommunistischen Unkenrufen zum Trotz der Kapitalismus keineswegs am Rande des Zusammenbruchs zu stehen scheint.

Bis Anfang der 70er Jahre wurde die Bundesrepublik den Sowjetbürgern in extrem feindseligen Propaganda-Werken präsentiert – als ein von unbeherrschbaren, nach einem neuen Krieg gegen die Sowjetunion lechzenden Alt-Nazis wimmelndes Land. Seit der von Willy Brandt eingeleiteten Ostpolitik ist dies zwar nicht mehr der Fall, an die Stelle der alten Klischees ist jedoch kaum etwas Neues gesetzt worden. Zur Abwechslung zeigt dieser Film einmal nicht nur die obligatorischen Interviews mit Arbeitslosen und westdeutschen Kommunisten, die über das „Berufsverbot“ klagen: Luxus-Limousinen sausen die Autobahn entlang, pittoreske Szenen vom Bonner Marktplatz und aus Schwabing fehlen ebenso wenig wie Bilder vom Münchener Oktoberfest.

Der Film unternimmt keinen Versuch zu erklären, warum die „schlechten Deutschen“ der 60er Jahre jetzt „gute Deutsche“ sind. Das Publikum erfährt lediglich, daß die Übernahme der Regierung durch die sozial-liberale Koalition in Bonn 1969 zu einer grundlegenden Änderung in der Außenpolitik und „zur Anerkennung der DDR durch Bonn“ geführt hat. Ein junger Geographie-Lehrer erläutert seinen Schülern, daß die Bundesrepublik mit der DDR eine gemeinsame Grenze hat, vermeidet jedoch diplomatisch jede weitere Anmerkung zur deutschen Teilung. Andere ausgelassene Themen sind der Terrorismus und die Kernkraft-Kontroverse. Ganz verkneifen konnte sich Regisseur Koloschin einige Erinnerungen an die „häßlichen Deutschen“ von einst aber doch nicht: aus Szenenfolge bringt Beispiele für wiederaufgelebtes Interesse an Büchern und Filmen über die Nazi-Zeit.

Leser schreiben

Friedrich Weil, 5270 Gummersbach 1, Kameradschaft des XV. K.K.K. General Helmuth von Pannwitz: „Noch leben wir, die Teilnehmer und Tragöden jener Zeit. Ja, die Welt soll erfahren, wie es damals tatsächlich gewesen ist. Dann wird vielleicht nach Jahren die Welt anders über uns urteilen. Ich kannte Ihren Namen bisher nicht. Nehme an, Sie gehörten wie wir zum Rahmenpersonal unserer Einheiten. Hier Kosaken-Korps dort Wlassow-Einheit! Für uns dürfte es dort keinen Unterschied geben. Wir kämpften gemeinsam für die Freiheit – und unsere Einheiten starben am Westen! Weiß nicht, ob auch Sie wie wir den Weg nach Sibirien gehen mußten. Dort wie wir verurteilt wurden, um dann nach Jahren (Oktober 1953) die Freiheit wieder erleben zu dürfen. Von 800 Männern des Rahmenpersonals kam knapp ein Viertel in die Heimat zurück. Ganz zu schweigen von unserem Kosaken. Mit den Angehörigen der Wlassow-Einheiten wird man nicht anders verfahren haben. In Sibirien wurden wir übrigens als „Wlassowsky“ geführt. Erst 1948 erklärte man uns zu deutschen Kriegsgefangenen, und das galt natürlich nur bis zu unserer Verurteilung im Dezember 1949. Das ganze war ein schauriges Abrechnen der Sowjets! Wohl wurden wir von den Engländern übergeben, waren aber mit unserer Truppe nie in Rußland eingesetzt. Deshalb durfte man uns niemals verurteilen. Unsere Stabsoffiziere und einige andere Kameraden, denen man angeblich etwas anhängen wollte, schickte man 1948 in einem Transport in Richtung Tito. Gerade in dieser Zeit kam es dann, wie bekannt, zum Bruch zwischen Stalin und Tito. Der Transport wurde an der Grenze angehalten, nach Kiew umgeleitet und dann nach Moskau dirigiert. Als dann im Herbst 1949 die Verurteilungswelle begann, stellten sich unsere Kameraden auf die Hinterbeine und verlangten Tito ausgeliefert zu werden. Jetzt geschah etwas typisch Sowjetisches – man wußte scheinbar keinen Ausweg und deshalb landete der Transport in der Heimat! Gottlob, so entgingen sie dem grauenhaften Weg, den wir, die Leutnante, Oberleutnante und wir die Rittmeister, die Ärzte und Zahlmeister gehen mußten.“

Georg Schrader, 7853 Steinen: „...Mit großer Freude habe ich Ihre Sendung der Zarenhymne erhalten und möchte mich herzlich für Ihre Mühe in dieser Angelegenheit bedanken... Mein Interesse für Rußland beruht auf der Sympathie zum russischen Volk, dessen Schicksal mit meinem persönlichen Leben (ich bin kein Balte, aber kurz vor Ausbruch des 1. Weltkrieges in Riga geboren) von Kindheit an vielfältig (ich bin im Rußlandkrieg fünfmal verwundet) verknüpft war, auch auf der Achtung vor dem unseren Hohenzollern, verwandten Hause Romanow, mit dessen Hilfe unsere Vorfahren die napoleonische Herrschaft abschütteln konnten. Wenn ich insofern dem monarchischen Gedanken nahestehe (man denke) allein an das Anschauungsbild der Anständigkeit und Vornehmheit, das dessen Vertreter boten)... so halte ich es doch heute nicht für ein erstrebenswertes Ziel, Romanows und Hohenzollern wieder auf ihren Thron zu bringen... Politisch haben wir es heute mit der Sowjetunion zu tun, die den Schlüssel zur deutschen Neuvereinerung in der Hand hält. Von ihr müssen wir Nichteinmischung in deutsche Angelegenheiten erreichen. Ein „Kreuzzug gegen den Bolschewismus“ (ich bin im Besitz des rumänischen Ordens gleichen Namens) darf unser Ziel nicht sein, soweit es Länder außerhalb Deutschlands betrifft. Liegen doch sogar im sowjetischen System – wenn der orthodoxe Marxismus erst einmal abgeschüttelt ist, dessen Haltlosigkeit die Russen früher oder später erkennen werden – Keime zu einer vernünftigeren Zukunft, während der westliche way of life uns zur Zersetzung, Aufgeben in der von Coudenhove-Kalergi propagierten eurasisch-negroiden Zukunftsrasse...bringen kann.

Arthur Mrongovius, 3000 Hannover: „Die März Ausgabe von „Rußland und wir“ gefiel mir gar nicht. Überhaupt sehe ich in letzter Zeit eine zunehmende Tendenz zu widersprüchlichen Äußerungen in unserer sonst so guten Zeitschrift. Auf der einen Seite wird die Sowjetunion darin als wahres Schreckgespenst für uns alle aufgebaut, auf der anderen das Sowjetsystem als kurz vor dem Zusammenbruch stehend bezeichnet. Was ist nun wahr? Ich neige eher der Auffassung zu, daß die von Moskau ausgehende Gefahr immer geringer wird: 1. Im Hinblick auf China und 2. weil die Sowjetmacht ohne das westliche

Know how und die Getreidelieferungen gar nicht mehr auskommt. Das muß auf die Dauer zu einer Lockerung des Systems führen, zumal der Wunsch nach Freiheit bei den Menschen immer größer wird, und es für die Machthaber im Kreml auch immer schwerer werden dürfte, den Menschen neue Entbehrungen aufzuerlegen. Daher wäre der Westen gut beraten, die gegenwärtige bedeutsame Politik fortzusetzen, die auf die Dauer über ein immer größeres Maß von Freiheit letztlich zum Umschwung führen muß...

Otto Kanold, 1000 Berlin 37: „Ich erbitte wiederum 300 Stück dieser Ihrer Postkarten... Damit habe ich allein weit über 1000 Stück in wohl zwei Jahren verbraucht. — Wer von Ihren Freunden ist sonst noch so tüchtig? Was tun Sie für die Ausbreitung dieser Karten in größtem Ausmaß? ... Ich bemühe mich, daß die Jahreszahl „1953“ noch in den Stein eingemeißelt wird, dann müßte ein neues Foto gemacht werden...“

Bücher

GESCHICHTE DER RUSSISCHEN KUNST

Die Unkenntnis oder das klischeehafte Mißverständnis über unsere russischen Nachbarn beschränkt sich nicht nur auf Deutschland. West- und Mitteleuropa haben darin gewetteifert, Rußland als Nachahmer westeuropäischer Kunst oder als asiatische, nichteuropäische Kulturnation mißzuverstehen oder zu unterschätzen. Kellers „Ost minus West gleich Null“ ist dafür ein bezeichnendes Beispiel. Diese unbestreitbare Tatsache ist gerade für uns Deutsche umso schmerzlicher, als Jahrhunderte bester kultureller und politischer Beziehungen zwischen Deutschen und Russen durch die Katastrophe unseres Jahrhunderts schwerstens gestört, wenn nicht zerstört wurden. Diese Katastrophe wäre unmöglich gewesen, wenn die deutschen Verantwortlichen, wenn das deutsche Volk über seine östlichen Nachbarn, über die Völker Rußlands und seine Kultur ebenso gut unterrichtet gewesen wären, wie dies hinsichtlich seiner westlichen und südlichen Nachbarn der Fall war und ist. Das verleumderische Märchen vom slawischen „Untermenschen“ wäre auf empörte Ablehnung gestoßen bzw. überhaupt nicht aufgekommen. Mit dieser Geschichte der russischen Kunst soll eine Bresche in die Mauer der Unwissenheit geschlagen werden, die sich um West- und Mitteleuropa zieht. Bertelsmann hat es gewagt, die zweibändige russische Originalausgabe — ein sowjetisches Werk über den Verlag VEB Dresden — im westlichen deutschen Sprachbereich bekanntzumachen. Das Werk umfaßt die Zeit vom 10. bis 20. Jahrhundert, gegliedert in 13 Zeitabschnitte, fachlich in die Bereiche der Malerei, Bildhauerei, Architektur und des Kunsthandwerks. Die Arbeitsgemeinschaft vieler fachkundiger Autoren gewährleistet trotz den Einflüssen der sowjetischen Ideologie eine umfassende Orientierung über die Entwicklung der russischen Kunst.

H.G.

Institut für wissenschaftliche Forschung der Theorie und Geschichte der Kunst an der Akademie der Künste der UdSSR (Herausgeber, Hauptredaktion: Maschkowzew; Beiträge u.a. von Alpatow, Danilowa, Sarabjanow, Woronin usw.): „Geschichte der russischen Kunst“ — Von den Anfängen bis zur Gegenwart, Bertelsmann Verlag, Gütersloh 1975, Ln. 440 Seiten, Lexikonformat, Preis: 118,00 DM.

KOMMENTAR ZUM STATUT DER KPDSU

Nach dem Marxis-Leninismus bestimmt die Partei der KPdSU über Staat und Gesellschaft in der Sowjetunion, aber auch in den von ihr gelenkten Staaten. Die Partei führt die Massen des Volkes, der Völker. Die maßgebenden geistigen Grundlagen der politischen Arbeit der Partei sind, geleitet vom Marxismus-Leninismus, das Programm und das Statut der Partei. Das Programm setzt die Ziele, das Statut beschreibt, bestimmt Aufbau und Arbeitsweise der Partei. Programm und Statut ergänzen sich also gewissermaßen. Die Programme sind kürzer, mehr allgemeinverständlich und bekannt. Es gab bisher drei Programme: das von 1903 (Kampf gegen Monarchie und für allgemeine demokratische Reformen), von 1919 (Aufbau des Sozialismus) und von 1961 (Aufgaben im entfalteten kommunistischen Aufbau). Das Statut wurde öfter geändert und ergänzt, zuletzt ebenfalls

1961; mit dem Kommentar dazu legt der als Sowjetexperte bekannte Verfasser sein wohl umfassendstes Werk vor. Es ist in elfjähriger Arbeit mit Unterstützung des Schweizer Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung entstanden. Die Quellenangaben umfassen allein rund 50 Seiten; Quellen sind meist sowjetrussisch, insgesamt international. Das Sachregister zählt 20 Seiten. Text und Kommentierung erstrecken sich über 800 Seiten, schon die Einleitung (1 Seite) und seine Kommentierung rund 150 Seiten. Alle 72 Artikel sind kommentiert, vielfach ergänzt von statistischen Tabellen. Das als Manuskript gedruckte Buch ist ein Standardwerk, ohne Konkurrenz in der politischen Fachliteratur. Zum Verstehen der Sowjetstaaten ist die Kenntnis der Parteistatuten unerlässlich. Hier wird eine klare, allgemeinverständliche und übersichtlich gegliederte Hilfe zum Verständnis der KPdSU und damit des Sowjetsystems gegeben.

H.G.

László Révész: „Kommentar zum Statut der KPdSU“ — eine Untersuchung von Parteitheorie und -praxis in der Sowjetunion und in den osteuropäischen Volksdemokratien im Licht des Statuts der Kommunistischen Partei der Sowjetunion — Verlag SOI — Schweizer Ost-Institut (Swiss Eastern Institut Ltd.), Bern 1973, brosch. 890 Seiten, 98,00 DM.

STERNE IN DER NACHT

„Kriegsgefangenenlyrik und andere“ heißt der Untertitel zu diesem Gedichtband. Offensichtlich hat spätestens die fast zehnjährige sowjetische Kriegsgefangenschaft eine starke sozial-ethische Motivierung ausgelöst, wie sie vor allem in dem Gedicht „Muttertage“ zum Ausdruck kommt, welches das Lebensschicksal einer alt gewordenen Mutter im Wohlstandsstaat nachzeichnet. Was uns aber ganz besonders anspricht, ist der Gärungsprozeß des Gefangenen, aus dem er geläutert hervorgeht und in dem er nicht — wie viele andere — vernichtet wurde. „Das Gebet des Gefangenen“ oder „Die Karte...“ — die Kriegsgefangenenpost auf grauem Karton — „Gekettet“ — Gefangene und Hunde — Worte, in denen sich jeder ehemalige Kriegsgefangene wiederfindet. Ob aber die Nachgeborenen dies nachempfinden können? Trotzdem sollte man es ihnen in stillen Stunden vorlesen.

S.K.

Peter Kooymans van Mil: „Sterne in der Nacht“, kart., 110 Seiten, Eigenverlag Kooymans, Kranenburger Str. 3, 4193 Kranenburg-Niel 1979, DM 12.50

RUSSLAND FÜR UNGLÄUBIGE

Die Verfasser sind ein nicht nur in England bekannter Cartoonist sowie ein Novellist und Mitarbeiter der bekannten englischen satirischen Zeitschrift „Punch“. Beide berichten über eine nie stattgefundene Rußlandreise, deren imaginären Erlebnisse, die auf Vorurteilen und Klischeevorstellungen beruhen, die sich die Leute im Westen vom unbekanntem Rußland und die Leute in Rußland vom unbekanntem Westen machen. Daß dabei eine reichlich komische und heitere Geschichte herauskommt, ist selbstverständlich. Die Karikaturen Searles begleiten den mit trockenem englischen Humor geschriebenen Text. Das Buch bietet uns eine lustige und zum Nachdenken anregende Unterhaltung. Es dient der Erkenntnis der Menschen Rußlands und der Selbsterkenntnis.

H.G.

Ronald Searle u. Alex Atkinson: „Rußland für Ungläubige“, übersetzt aus dem Englischen, Originaltitel: Russia for Beginners, Verlag Kurt Desch GmbH, München 1964, Ln., 92 Seiten, Preis: 18,00 DM.

INFORMATIONSFREIHEIT — EIN MENSCHENRECHT

Das allgemeine menschenrechtliche Thema dieser Broschüre der Hanns-Seidel-Stiftung, entstanden aus einem Symposium bei den Vereinten Nationen in Genf im Mai 1978, berührt auch und besonders Rußland, innen- und außenpolitisch, die Bei-

träge von Dr. Fritz Pirkel und Prof. D. Blumenwitz geben hierfür wertvolle Hilfen. Auch das grenzüberschreitende Fernsehen, die Sender Radio Liberty und RFE (Radio Free Europe), in Deutschland stationiert, sind Gegenstand sowjetischer Angriffe seit ihrem Bestehen. Das Büchlein gibt einen breiten Querschnitt, wobei auch Referenten aus der Dritten Welt zu Wort kommen. Es schließt mit der Wiedergabe der Schluß-Resolution dieses internationalen Symposiums, das auch von den Vereinten Nationen ausgerichtet wurde.

H.G.

Rainer Geppert: „Informationsfreiheit – ein Menschenrecht“, Hanns-Seidel-Stiftung Institut für Internationale Begegnung und Zusammenarbeit, München 1978, br., 126 Seiten, Preis: Auf Anforderung.

DER ROTE MARSCH AUF ROM

Der Marsch der Faschisten Mussolinis auf Rom verschaffte ihnen in wenigen Tagen die politische Macht. Die italienischen Kommunisten befinden sich auf diesem Marsch seit 1945. Sie scheinen nahe dem Ziel, was Europa für Italien, aber auch für Frankreich und Spanien befürchtet. Angesichts der allgemeinen Ablehnung des Sowjetkommunismus in Westeuropa ist den westeuropäischen Kommunisten eine vom Sowjetkommunismus unbelastete Variante des Kommunismus eingefallen bzw. von ihnen übernommen worden: der Eurokommunismus. Ein schillernder und darum so gefährlicher Begriff, dessen Klärung eine politische Notwendigkeit ist, auch nach den für die KPI ungünstigen Wahlen im Juni dieses Jahres.

Der mit der Problematik vertraute Verfasser behandelt die verschiedenen Fragen in 14 Abschnitten, u.a.: „Merkmale des Euro-Kommunismus“ (3), vom „christlich-marxistischen Dialog“ zum „historischen Kompromiß“ (5), die Ausbreitung des Eurokommunismus auf Frankreich und Spanien (6), Eurokommunistische Regungen in anderen kommunistischen Parteien (7), Unterschiede zwischen den eurokommunistischen Parteien (8), Moskau bzw. Peking und der Eurokommunismus (9 u. 10), Chancen und Gefahren des Eurokommunismus (12), Wir Deutsche und der Eurokommunismus (13), die Zukunft des Eurokommunismus (13). Nach der Auffassung des Verfassers wäre es falsch, den Eurokommunismus nur als getarnten Sowjetkommunismus zu beurteilen. Freilich bleibt die Frage, ob bei einem Sieg der eurokommunistischen Parteien in Westeuropa die Unabhängigkeit von Moskau aufrecht erhalten werden kann. Die Frage wird wohl zu verneinen sein.

H.G.

Helmut König: „Der rote Marsch auf Rom“ – Entstehung und Ausbreitung des Eurokommunismus, Seewald-Verlag, Schriftenreihe der Studiengesellschaft für Zeitprobleme e.V. Bonn (Band 21), Stuttgart 1978, br., 364 Seiten, Preis: 29,80 DM

KONTINENT

KONTINENT wird ab Oktober 1979 monatlich im Ullstein-Taschenbuchverlag erscheinen. Er will damit versuchen, diese Reihe attraktiver, verkaufintensiver und – was besonders interessant sein dürfte – wesentlich preisgünstiger zu gestalten; Zukünftig wird jeweils im ersten Monat des Quartals ein KONTINENT-Magazin erscheinen, in den beiden darauf folgenden Monaten ein Roman oder ein Essay namhafter osteuropäischer Autoren. Für die Monate Oktober 1979 bis März 1980 steht das Programm schon fest:

Oktober 1979	KONTINENT-Magazin, DM 9,80
November 1979	Woinowitsch, Iwankiade, DM 5,80
Dezember 1979	Binar, „Wer ist, was war Herr Gariel“, DM 4,80
Januar 1980	KONTINENT-Magazin 12, DM 9,80
Februar 1980	Nekrassow, „Zu beiden Seiten der Mauer“, DM 7,80
März 1980	Navrosow, „Die Lehrjahre des Lev Navrosow“, DM 9,80

Mit der Übernahme ins Taschenbuch wird sich KONTINENT auch äußerlich verändern. Die Umschlaggestaltung ist völlig neu konzipiert worden und der Text wurde durch Abbildungen bzw. Illustrationen aufgelockert.

BÜRGERRECHTLER IN DER UDSSR PLAIDOYER FÜR DIE REVOLUTION

Wenn von sich ankündigenden revolutionären Veränderungen innerhalb des Sozialistischen Lagers die Rede ist, wird man sich an den Namen Wolfgang Strauss gewöhnen müssen. 1931 in Libau in Lettland geboren, hat er sich längst in die vorderste Reihe ihrer eben nicht zahlreichen Propheten vorarbeiten können. 1969 erschien sein Buch „Und dennoch – wir werden siegen!“, 1977 eine kleinere, aber beachtenswerte, ebenfalls hier besprochene Broschüre „Neo-Slawophile – von der Wiedergeburt slawophiler Ideen im Rußland der Gegenwart.“ Auch die Neuerscheinung „Bürgerrechtler in der UdSSR“ handelt vom selben Thema der kommenden Revolution in der Sowjetunion. Wolfgang Strauss gehört zu den äußerst engagierten, vehementen Schriftstellern, die an der Überzeugung, daß die Revolution kommen wird, nicht den geringsten Zweifel lassen, wogegen die meisten anderen, die sich mit diesem Thema beschäftigen, die Möglichkeit einer Revolution relativieren und mit einem Fragezeichen versehen. Die völlig andere Auffassung wird bei Strauss an den oft markigen Zitaten zahlreicher Oppositioneller in der Sowjetunion deutlich, an denen in seinem Buch kein Mangel ist. Letzte Zweifel werden bei Strauss dort ausgeräumt, wo er sich der Opposition in der Roten Armee selbst zuwendet und dem Leser eindrucksvolle, neue Erkenntnisse vermittelt. Unter diesem Aspekt die Bürgerrechtler in den Titel des Buches aufzunehmen, erscheint da leicht irreführend, weil die meisten Bürgerrechtler trotz aller Enttäuschungen daran festhalten, daß das Regime in Anbetracht der immer vernehmlicher werdenden Einforderungen der allgemeinen Menschenrechte letztlich doch weittragende Reformen zugestehen wird. In der letzten Ausgabe dieses Blattes hatten wir zum Ausdruck gebracht, daß wir diese Methode, die unter dem Begriff Solshenizyns von der „moralischen Revolution“ zusammengefaßt werden kann, nicht für den geeigneten Weg halten. Strauss ist dieser Vorwurf allerdings nicht zu machen. Er, der selbst sechs Jahre in sowjetischen Straflagern und im Strafvollzug der „DDR“ verbracht hat, bekräftigt wiederholt, daß das „Regime der Greise“ in der Sowjetunion erstarrt und nicht mehr reformierbar sei, so daß sein Untergang in einer Revolution sein natürliches Schicksal sei. Strauss stellt die einzelnen Geistesrichtungen der politischen Opposition zusammen und behandelt auch betont die Nationalitätenfrage. Das Buch gewinnt gerade durch seine zahlreichen Zitate und einen feurigen, engagierten Stil eine außerordentliche Lebendigkeit. Es reißt den Leser mit.

J.B.B.

Wolfgang Strauss: „Bürgerrechtler in der UdSSR“, ein Bericht in Dokumenten, Herder-Bücherei, Band 722, Verlag Herder, Freiburg im Breisgau 1979, Taschenbuch, 175 Seiten, Preis: 6,90 DM.

DIE KIRCHEN UND DAS RELIGIÖSE LEBEN DER RUSSLANDDEUTSCHEN

Das im „Geleit“ den „Deutschen aus Rußland als lieber Freund“ vorgestellte in 2. Auflage erschienene Werk ist ohne Frage für diesen Zweck bestens geeignet. Die umfangreiche und verbesserte Pastorenliste und die reiche Bildausstattung, auch den Kirchenbau betreffend, wird jeden Rußlandausiedler mit Freuden nach ihm greifen lassen. Von allgemeinem Interesse sind die neu aufgenommenen Ausführungen von H. Roemmich (S. 64 ff.). Sie behandeln die Entstehung der heute neben der orthodoxen Kirche anerkannt bedeutendsten Kirche der SU, der Baptisten. Roemmich weist nach, daß „im ukrainischen Volk dreihundert Jahre nach der Reformation eine reformatorische Bewegung entstand, die zu einer organisierten protestantischen Kirche im russischen Volk geführt hat.“ Dabei ist für die Erweckung des ukrainischen Volkes über den Stundismus und die Evangeliumschristen bis zur heutigen Baptistenkirche das ausführlich geschilderte Wirken des deutschen Predigers und Seelsorgers Johannes Bonekemper (geb. 1795) ab 1824 im Kirchspiel Rohrbach (Worms) schlechthin nicht wegzudenken. Die über ganz Rußland verbreitete Baptistenkirche hat heute in der ehemaligen deutschen reformierten Kirche in Moskau (Malij Wusowskij Per. 3) ihre Bundesstelle. Die Frage stellt sich, ob diese als „Wallfahrtsort ausländischer Gäste“ zum Beweis der

„Glaubensfreiheit für die Kirchen“ in Rußland ausersehene Kirche etwas tun könnte, um den deutschen Lutheranern jenseits des Ural wieder zu einer kirchlichen Vereinigung zu verhelfen, die ihre Interessen dem Staat gegenüber vertreten könnte. Deren Lage ist unverändert schlecht. Die Kriminalisierung aller Rußlanddeutschen als Landesverräter, erst 1965 im „Flüsterton“ aufgehoben, wirkt sich in ihrer Unterprivilegierung bis heute allen anderen Volks- und Kirchengruppen gegenüber aus. Nur einzelne Gemeinden, ohne Nachwuchs an ausgebildeten Pastoren, konnten im weiten Sibirien registriert werden. Die Situation wird deutlich aus dem ausführlichen Bericht des inzwischen emeritierten und in Korntal lebenden Pastors Eugen Bachmann in der Gemeinde Zelinograd/Kasachstan. Der Leser wird dankbar sein über die ebenfalls neu aufgenommenen Beiträge über die Entwicklung der mennonitischen Kirche in Rußland, dem ein Überblick über die Entstehung und Geschichte der Mennoniten beigelegt ist. Mit Hilfe zahlreicher Mitarbeiter ist ein überaus fleißig und sorgfältig gearbeitetes Werk entstanden, ein „Gedenkbuch“ zur Geschichte christlichen Glaubens und deutschen Volkstums in der Weite Rußlands. Es ist „mit dem Herzen“ geschrieben. Man kann nur jedem Interessierten raten: Tolle lege! (Nimm und lies!).

DR. WILHELM OBERDIECK

Joseph Schnorr (Bearb.): Die Kirchen und das religiöse Leben der Rußlanddeutschen – Evangelischer Teil – 2. überarbeitete und verbesserte Auflage – Verlag Landsmannschaft der Rußlanddeutschen – Stuttgart 1978 – Leinen, 400 Seiten 340 Fotos, DM 30,–

DER GROSSE POLYGOTT MOSKAU/LENINGRAD

Die in diesem Reiseführer vorgelegten Abrisse der Landes- und Volkskunde, Geschichte und Kunstgeschichte sowie Beschreibungen touristischer Sehenswürdigkeiten sollen dem Benutzer helfen, sich in den Städten und Gebieten der Sowjetunion zurechtzufinden. Die Darstellung beschränkt sich auf den europäischen Teil der Sowjetunion. Neben Moskau und Leningrad sind auch die Hauptstadt der Ukraine – Kiew – mit ihrer Umgebung beschrieben sowie die häufig besuchten Badeorte am Schwarzen Meer. Da Moskau Austragungsort der XX. Olympischen Spiele sein wird, ist in dem Kapitel „Sport“ besonders darauf eingegangen worden. Abbildungen und Karten in Farbe und Schwarzweiß ergänzen den Text.

DER GROSSE POLYGOTT MOSKAU/LENINGRAD, 400 Seiten mit 41 Abbildungen und 18 Karten in Farbe und Schwarzweiß, POLYGOTT-VERLAG MÜNCHEN, Preis: DM 14,80

DEUTSCH–RUSSLÄNDISCHE GESELLSCHAFT

JAHRESMITGLIEDERVERSAMMLUNG

Aus dem Protokoll vom 16. Juni 1979 entnehmen wir u.a., daß während des vergangenen Jahres 25 Neuzugänge zu verzeichnen waren, denen ein Todesfall und acht Austritte gegenüberstehen. Vorstandsmitglied Alexander Artemoff empfahl, Kontakte mit Jugendlichen zu knüpfen, die zu den Olympischen Spielen nach Moskau fahren wollen, um ihnen die notwendige Aufklärung für ihr Verhalten in der Sowjetunion und für die Kontaktaufnahme mit dortigen Jugendlichen zu vermitteln. Der amtierende Deutschland-Vorsitzende Justus B. Bühlow erklärte sich bereit, zur Intensivierung der Jugendarbeit Vorträge in Schulen oder Jugendgruppen der Parteien zu halten, wobei er betonte, daß angesichts der dürftigen Geschichtskenntnisse nicht nur deutsche Geschichte interpretiert, sondern vor allem auch die Geschichte Rußlands und die Beziehungen zwischen Ost und West vermittelt werden sollen. Leonid Müller berichtete über den Beschluß der „Deutschen Gesellschaft für Rußlandkunde e.V.“, sich wieder in die DRG einzugliedern, sich aber nach wie vor auf die Russisch-Seminare in Königstein zu konzentrieren. De facto wird die Zusammenarbeit bereits seit geraumer Zeit praktiziert, de jure wird die Eingliederung ab 1. Januar 1980 wirksam, d. h. die Mitglieder der Gesellschaft für Rußlandkunde sind dann beitragspflichtig bei der DRG und nehmen an allen Vergünstigungen der DRG wie kostenloser Bezug der Zeitschrift „Rußland und wir“, ermäßigte Rußland-Reisen und Sprachkurs-Gebühren u. a. teil. Schatzmeister

SILA I BESSILJE BRESHNJEWA



Abdurachman Awtorchanow родился на Кавказе. По национальности – чеченец. Был номенклатурным работником ЦК ВКП (б). В 1937 году окончил Институт красной профессуры в Москве. Специализировался по русской истории.

В 1937 году был арестован как „враг народа“. По распоряжению Верховного суда РСФСР был в 1942 году освобожден, а в 1943 эмигрировал на Запад, где защитил докторскую диссертацию и стал профессором по русской истории. В СССР А.Авторханов издал шесть книг, главным образом по истории Чечни и Кавказа. За границей это – десятая его книга.

„Сила и бессилие Брежнева. Политические этюды“ – исключительно своевременно написанная книга. Со свойственным автору аналитическим талантом в книге разбирается внутренняя и внешняя политика 15-летнего брежневского периода советской истории, что особенно важно, когда этот период подходит к концу по самым нормальным, биологическим причинам: из-за преклонного возраста как самого Брежнева, так и всех остальных членов Политбюро КПСС. Тщательно разбирает автор и „литературное“ творчество Брежнева – его только что вышедшие мемуары (книги „Малая земля“, „Возрождение“ и „Целина“), интересные для понимания политического климата в стране.

Это первый серьезный разбор всего брежневского периода советской власти.

Abdurachman Awtorchanow: Sila i bessilije Breshnjewa, Taschenbuch, brosch., 327 Seiten, Possev-Verlag V. Gorachek KG, Frankfurt 1979, DM 22,00

Schröder beklagte sehr den hohen Rückstand an Mitgliedsbeiträgen und empfahl nach entsprechender Zahlungsaufforderung die Versendung von Mahnbescheiden. Die Mitglieder, die dazu in der Lage sind, werden um Spenden gebeten, aber ausschließlich auf Postscheckkonto Frankfurt 99150-604 (auf Wunsch wird Steuerbescheinigung ausgestellt!). Nach Entlastung des bisherigen Vorstandes wurde der Deutschland-Vorstand neu gewählt und setzt sich nunmehr folgendermaßen zusammen:

Ehrenvorsitzender: Siegfried Keiling, Major a. D., Bad Homburg (68)

Beisitzer: Alexander Artemoff, Publizist, Frankfurt/M (59), Justus B. Bühlow, Rechtsanwalt, Wiesbaden (49)

russländischer Stellvertreter: Leonid Müller, Buchhalter, Bad Homburg (59)

deutscher Stellvertreter: Friederike Werner, Dipl.agr., Bad Homburg

Schatzmeister: Hermann Schröder, Versicherungskaufmann, Oberursel (56)

Beisitzer: Alexander Artemoff, Publizist, Frankfurt/M (59), Michail Balmaschow, Regisseur, Frankfurt (76) – Dr. Dietrich Grille, Professor, Erlangen (43) – Wladimir Gorachek, Verlagsleiter, Frankfurt/M (62) – Viktor Humeniuk, Korrektor, Cambridge (56) – Agnes Ronimi, Hausfrau, Oberursel – Klaus-Jürgen Schmitt, Kronberg (44) – Leni Wendorf, Realschullehrerin i.R., Bad Homburg – Kassenprüfer: Ruth Kabitz, Hausfrau, Kronberg – Helmut Jäger, Bankbeamter i.R., Bad Homburg (63). Abschließend wurde Dipl.-Ing. Günter Leunig, Bad Homburg, aus Anlaß seines 80. Geburtstages die Ehrenmitgliedschaft verliehen.

KRANZNIEDERLEGUNG AUF DEM KOSAKENFRIEDHOF IN LIENZ-PEGGETZ



Alljährlich gedenken die Überlebenden der Lienzer Kosaken-Tragödie vom 1. Juni 1945 in einer Feier mit Gottesdienst der Kameraden, die damals den Tod durch britische Truppen erlitten oder den Freitod der Auslieferung an die Sowjets vorzogen (vgl. RUW 1973 Heft 3, S. 8/9). In diesem Jahr fand die 34. Gedenkfeier statt. An ihr nahmen auch Abordnungen von deutschen Kriegskameraden und der örtlichen Kriegerverbände sowie Lienzer Bürger teil. Ein russisch-orthodoxer Priester aus Wien hielt die Seelenmesse. Am 20. Juni legte auch die Deutsch-Russländische Gesellschaft im Anschluß an jene Feier einen Kranz nieder, der mit Schleifen in den Farben des alten Rußlands, Deutschlands und der Kosaken geschmückt war. Die schwarz-rot-goldene Schleife trug den Aufdruck: „Den Kameraden im Freiheitskampf.“ Der Lienzer Obmann der Vereinigung der Überlebenden der Kosaken-Tragödie, I. Tschongow sowie sein Stellvertreter K. Kostromin nahmen an der Kranzniederlegung teil. Im Buch „Das letzte Geheimnis“ (Die Auslieferung russischer Flüchtlinge an die Sowjets durch die Alliierten 1944–1947) von Nicholas Bethell (vgl. RuW 1975, Heft 2, S. 13/14) wird der Freiheitskampf der Kosaken auf deutscher Seite und sein dramatisches Ende gewürdigt. Ein weiteres Buch „So gingen die Kosaken in die Hölle“ von Edgar Wenzel bringt auch Berichte von Kärntner Augenzeugen. In der Bevölkerung des Drau- und Gailtales ist die Erinnerung an dieses Ereignis noch heute lebendig. Auf den Friedhöfen Kärntens finden sich noch manche Gräber von Kosaken, die sich nach dem Entkommen unter sehr mißlichen Verhältnissen oder auch als Knechte bei Bauern durchschlagen mußten. Ihre soziale Lage in Österreich war ungünstiger als in Deutschland. Der Friedhof in Lienz-Peggetz liegt neben der Drau, der Weg zu ihm ist von der Hauptstraße Lienz-Oberdrauburg durch Schilder gut gekennzeichnet; Touristen und Feriengäste finden sich oft unter seinen Besuchern, die sogar aus den USA und sonst aus Übersee kommen. So bescheiden seine Lage in dieser Vorortsiedlung ist, die hohen Bäume an der Drau lenken den Blick nach oben, wo die leuchtenden Kalkfelsen der Lienzer Dolomiten heruntergrüßen und den kleinen Menschen hoffen lassen auf eine höhere Gerechtigkeit, die den Mißbrauch der Macht einst sühnen wird —

oder schon sühnen ließ? Jedenfalls belohnten die Sowjets ihre westlichen Kriegskameraden mit der Unterstützung von Terrorgruppen und der Lieferung von Waffen, z.B. auch an die IRA. Das Kriegsidol Großbritanniens, Lord Mountbatten, fiel ihnen zum Opfer. Ob sie es erkennen? Ob diese Erkenntnis zu spät kommt? H.G.

ADAM GRÜNBAUM †

Die Deutsch-Russländische Gesellschaft trauert um ihr langjähriges Mitglied, das sie am 10. Mai 1979 im Alter von 74 Jahren für immer verließ.

Als Generalsekretär der Baltischen Gesellschaft in Deutschland, Landesvorsitzender der Deutsch-Baltischen Landsmannschaft e.V. in Bayern und Herausgeber der Baltischen Nachrichten hatte Grünbaum sich ganz besondere Verdienste um das Deutsch-Baltentum erworben. Außerdem hatte er bei der Gründung des Bundes der Freiheit e.V., einer bedeutenden Organisation des Exils, mitgewirkt und war bis zu seinem Ableben Vorsitzender dieses Bundes, dessen Name zugleich die Ausrichtung des ganzen Lebens Adam Grünbaums kennzeichnet. Er widmete seine Energie, seine reiche Erfahrung und seinen Idealismus der Sache der Freiheit. Bis zu seinem letzten Atemzug fühlte er sich verpflichtet, einen Auftrag zu erfüllen: alle seine Kräfte einzusetzen, um beizutragen, daß Millionen Menschen, die von einer satanischen Macht beherrscht und erbarmungslos unterdrückt werden, wieder die Freiheit erlangen. Adam Grünbaum wird für uns alle ein Vorbild für einen aufopfernden Kampf sein.

IN ALLER STILLE VERSTORBEN

Frau Gusti Schäfer, Ehrenmitglied, geboren 4. August 1895, Mitglied seit 1. Januar 1962, zuletzt wohnhaft Kreis-Altenheim in Schlüchtern.

Frau Käthe Wohmann, geboren 30. Juni 1904, Mitglied seit 24. November 1961, zuletzt wohnhaft Wiesenhüttenstift Frankfurt am Main.

Viele werden sich noch dieser beiden aktiven Frauen erinnern, die sich insbesondere für unser russländischen Freunde eingesetzt haben. Ein ehrendes Andenken ist ihnen sicher.

AUF DEM WEG ZUM III. WELTKRIEG EINE POLITISCH-MILITÄRISCHE ANALYSE

Diese Veranstaltung der DEUTSCH-RUSSLÄNDISCHEN GESELLSCHAFT konnte Vorsitzender Siegfried Keiling in seinem Grußwort als bestbesuchten Clubabend des Jahres 1979 bezeichnen. „Ich bin kein Prophet!“ so begann Professor Hermann Achminow seine Ausführungen, um fortzufahren, „ich habe bisher noch nie ein Buch geschrieben, das ich widerrufen mußte“. Seine politischen Analysen gehen bis auf das Jahr 1947 zurück. Diesem Vortrag war bereits ein Exklusiv-Interview in der Zeitschrift RUSSLAND UND WIR im März-Heft 1979 vorausgegangen, das sich in zusammenfassender Form mit dem gleichnamigen im Jahr 1975 im Europisma-Verlag erschienenen Buch beschäftigte. Das Grundproblem der Kommunisten sei seit Karl Marx, wie man ein Gesellschaftssystem schaffen könne, in dem das Privateigentum aufgehoben sei. Daß der Kommunismus an diesem nicht lösbaren Problem scheitern wird, mag eine der leichtesten Voraussagen sein. In den Jahren 1927 bis 1933 hatte Stalin zwecks Aufbau der Industrialisierung das Privateigentum im verstärkten Maße aufgehoben. Den inzwischen erreichten Milliarden-Umsätzen stehen aber Milliarden-Verluste gegenüber, so daß 500.000 Fabrikdirektoren statt der Plan — die Marktwirtschaft befürworten. Da aber die politische Notwendigkeit und nicht der Markt entscheiden, schaltet sich neben der Regierung und dem Wirtschaftsapparat der Parteiapparat auch in die wirtschaftlichen Planungen ein. Bei Einführung der Marktwirtschaft würden 2 Millionen Menschen arbeitslos, aber keine Arbeiter und Angestellten, sondern Planfunktionäre. Die Partei verfügt im Hinblick auf ihren Machtanspruch über ein wesentliches Argument: Die außenpolitischen Erfolge der Sowjetunion, die sie nicht aus ideologischen, sondern aus innerpolitischen Gründen braucht wie z.B. den Hinweis, „wir haben in Angola einen neuen kommunistischen Staat geschaffen“.

Die Bolschewisten wissen, daß die Bundesrepublik Deutschland gegen den Kommunismus immun ist, aber ein kleiner Bürgerkrieg in Frankreich würde z.B. die Möglichkeit der Aufrollung Europas von Westen her ermöglichen. Wie flexibel die Politik der Sowjetunion ist, war auch daraus ersichtlich, daß als Antwort auf die geplante „Europäische Verteidigungsgemeinschaft“ (EVG) die Zulassung der Wiedervereinigung Deutschlands bis zur Oder-Neiße-Linie geplant war. Chruschtschows Koexistenz-Politik bestand in einer verstärkten Flotten-Politik, die noch auf Stalins Plänen fußte. Es sei auch kein Geheimnis, daß die Affäre Dubcek oder der „Prager Frühling“ ein abgekartertes Spiel unter Kommunisten war. Am Anfang der Ausweitung des Kommunismus stand die Frage „Wen schicken wir in die dritte Welt?“ wobei zwar das inzwischen erreichte Alter Titos nicht einkalkuliert werden konnte, so daß inzwischen in der Person Ceauscescu ein Ersatzmann aufgebaut worden sei. Als das Buch „Auf dem Weg zum III. Weltkrieg“ 1975 geschrieben worden war, hatten die USA Vietnam verlassen, der Euro-Kommunismus begonnen. Auch diese Form des Kommunismus hat nur das eine Ziel, die rote Fahne am Atlantik wehen zu lassen. Sie hat zwar die Chance, dort aufgezogen zu werden, aber nicht dort zu bleiben. Die USA würden einen dritten Weltkrieg riskieren, sobald die Atlantische Küste gefährdet sei, was auch zu ihrem Eintritt in den zweiten Weltkrieg geführt hat, nur daß damals das nationalsozialistische Deutschland am Atlantik stand. Die noch von Kissinger ausgearbeitete Politik der Menschenrechte, die aber erst von Präsident Carter unterschrieben wurde, ist ein Teil der amerikanischen Politik gegenüber der Sowjetunion. Dies sei auch die Meinung des sowjetischen Bürgerrechtlers Professor Sacharow. Die freien Staaten Europas sollten aber nicht vergessen, daß die Amerikaner Europa fallen lassen könnten, sobald sie feststellen, daß Europa sich nicht allein verteidigen will. In die umfangreiche Diskussion wurde mehrfach die Frage Rot-China eingebracht, wobei klar herausgestellt wurde, daß ein Taktieren des freien Westens mit Rot-China lebensgefährlich sei, denn ein Zusammengehen der beiden größten kommunistischen Staaten wäre von heute auf morgen möglich. Und dann? Abschließend hob Professor Achminow als hervorragendste Aufgabenstellung der DEUTSCH-RUSSLÄNDISCHEN GESELLSCHAFT hervor, daß sie als einzigen Weg zur Vernichtung des Kommunismus ein Zusammengehen der Völker Russlands und Deutschlands erkannt habe, denn sobald Moskau gefallen sei, würden sich die Probleme gegenüber den Satelliten-Staaten von alleine lösen.

WLADIMIR MAJAKOWSKIJ, DER DICHTER DER REVOLUTION

Dr. Wilhelm W. Oberdieck, Hannover, Pastor im Ruhestand und ständiger Rußland-Reisender, referierte in hinreißender Form über Glück und Ende des Dichters der Revolution, wobei er die politischen Aspekte in den Vordergrund stellte und lediglich stichpunktartig erläuternde literarische Proben in deutscher Übersetzung brachte. An den Beispielen Rußlands, Deutschlands wie auch des Irans erläuterte er die Ursachen von Revolutionen, wobei der Massenrausch durch aufpeitschende Lieder und wehende Fahnen unterstützt würde. Im Gegensatz zur kritischen revolutionären Dichtung gäbe es bei Majakowskij die völlige Deckung mit der Staatsgewalt. 1893 in Georgien als Sohn eines verarmten Adligen geboren, verschrieb er sich bereits als Schüler dem Atheismus, nachdem er in einer Religionsprüfung versagt hatte, und wurde bereits 1907 fünfzehnjährig in das Moskauer Parteikomitee gewählt. Als Neunzehnjähriger schloß er sich den Futuristen an, um die neue Kunst für die Revolution einzusetzen, die aber nur bis ungefähr 1930 Narrenfreiheit genoß, da Revolutionäre im Grunde genommen konservativ seien. Sein auch im Westen bekanntestes Werk „Wolke in Hosen“ schrieb er 1915. Er gab sich bewußt grob, egozentrisch und anti-methodisch. („Mein Herz gleicht einem brennenden Bordell!“) In seinem 1919 geschriebenen Gedicht „150 Millionen“ erhob er den Anspruch auf die Weltherrschaft der Russen durch Eroberung Amerikas und Entmachtung des Präsidenten Wilson. Immerhin sei er noch heute nach Puschkin und Lermontow der meistgelesene Dichter Rußlands bzw. der Sowjetunion mit einer Auflage von 23 Millionen. Mit dem Gedicht „Der rote Marsch“ (1918) glorifizierte er die Roten Matrosen. Sein Monster-Drama „Mysterium Buffo“ benötigt 350 Darsteller und wurde zuletzt 1972 in Berlin aufgeführt. Lenin habe ihn offensichtlich innerlich abgelehnt, aber sah in ihm gern einen Propagandisten seiner Ideen. Sein Glück meinte Majakowskij in der Vollendung der Revolution zu finden. Die Frauen fielen ihm zu, hatten aber offen-

sichtlich Angst vor seinem Totalitätsanspruch, der nur sich gelten lassen wollte, so daß er es niemals zu einer festen Bindung brachte. In seinem Abschiedsbrief bezeichnete er sich „als Schriftsteller der Revolution für die Revolution, der ich nie müde geworden bin“ und schoß sich am 14. April 1930 mit 37 Jahren eine Kugel ins Herz. Die Deutungen über seinen plötzlichen Selbstmord, er hatte noch einen dicken Terminkalender vor sich, gehen auseinander. In der ausführlichen Aussprache herrschte die Meinung vor, im Zenith seines Lebens Abschied nehmen zu wollen. Eigenartigerweise lassen sich die jungen Dissidenten von heute unter seinem Denkmal nieder, um Kritik zu üben.

BERÜHMTE IKONEN UND IHRE GESCHICHTE

Helmut Brenske, Präsident der „Gemeinschaft der Ikonenfreunde“ mit dem Beinamen „Der Ikonenpapst von Deutschland“, hielt im Kurhaus von Bad Homburg nicht nur einen Lichtbildervortrag, sondern hatte in mehreren Koffern auch wertvolle Ikonen mitgebracht, die jeweils einen Wert von 2.300,- bis 5.000,- DM haben. Eingeführt von dem Ehrenvorsitzenden der Deutsch-Russländischen Gesellschaft Siegfried Keiling, der u. a. darauf hinwies, wie stark ein kunstliebendes Elternhaus und eine humanistische Schulbildung den Weg eines jungen Menschen bestimmen können, wozu noch ein Schlüsselerlebnis aus dem Krieg in Rußland kam, wo er in einer ärmlichen Panje-Hütte mit vor ihrer Ikone betenden russischen Bauern zusammentraf. Vortragender konnte auf eine eigene Ikonen-Galerie verweisen, die in Europa bereits zu den größten zählt. Zu den zum großen Teil aus Ikonen-Freunden bestehenden Besuchern war auch Deutschlands bekanntester Ikonen-Maler Adam Russak gekommen, so daß auch das Frage- und Antwortspiel während der Veranstaltung ein entsprechend hohes Niveau hatte. In alljährlichen Osteuropa-Reisen besucht Helmut Brenske mit seinen Freunden Kirchen und Klöster abseits vom Wege, die oft seit Jahren keinen Fremden gesehen haben. Neuerdings hat die Sowjetunion nur noch die Ausfuhr von Ikonen aus dem 19. und 20. Jahrhundert gestattet, so daß die im Besitz des Vortragenden befindlichen Ikonen älteren Datums noch wertvoller geworden sind. Am Beispiel der dargestellten „Höllenfahrt und der Verklärung auf dem Berge Tabor“ erklärte er die starke Symbolik der Orthodoxie, die auch als Illustration der Bibel bezeichnet werden kann. Die Ikonen-Tradition geht bis auf den Evangelisten Lukas zurück, umfaßt demnach rund 2000 Jahre. Dieses Gebiet ist offensichtlich noch lange nicht erschlossen, denn noch gäbe es keine Doktorarbeit über die Ikonologie. Dramatik und Realistik strahlten die Ikonen „Grablegung der Gottesmutter“, „Kreuzabnahme“, „Erweckung des Lazarus“ wie auch „Christi Geburt“ aus. Die umgekehrte Perspektive führt den Betrachter in die Unendlichkeit. Nur bei sechs bis sieben % der Ikonen sei die Malschule feststellbar, so daß Herkunft und Alter oft nur grob geschätzt werden können, und zwar meist lediglich nach den Räumen Nord-, Süd- und Zentral-Rußland. Vortragender ist Mitglied der Deutsch-Russländischen Gesellschaft in Hannover. Die nächste Ikonenreise wird 1980 nach Rumänien führen.

RUSSLAND UND WIR – LESEN – IST GUT
DRG-MITGLIED SEIN – IST BESSER,
denn :

- Jahres-Mindestbeitrag
(einschließlich RUSSLAND UND WIR)
DM 24.--
- Rußland-Reisen 5% Ermäßigung
- Russisch-Kurse ca 40% Ermäßigung
- Veranstaltungen mit verbilligten Eintrittspreisen
- Bücher aller Art ohne Versandkosten
- Bücherei-Benutzung kostenlos
- Spendenbescheinigung für Finanzamt für alle Mehrzahlungen

Darum fordern Sie noch heute einen Aufnahme-Antrag an

Maria Iljitschna Uljanowa, die vor 100 Jahren geborene jüngste und Lieblings-Schwester Wladimir Iljitsch Lenins, wurde wahrscheinlich von Lenins Nachfolger Stalin ermordet – ohne daß die Sowjetunion von heute bereit wäre, dieses Verbrechen wenigstens im Lenin-Gedenkjahr offen einzugestehen! Dies geht aus der Nr. 16 der diesjährigen Ausgabe der sowjetischen Zeitschrift in englischer Sprache, „Moscow News“, hervor, in der die gesamte Familie Lenins verherrlicht wird: Selbst Lenins zarentreuer, konservativer und überaus gottgläubiger Vater, Ilja Uljanow, der im Auftrage der kaiserlichen Regierung Schulen inspizierte, wird plötzlich als ein Mann des Fortschritts gepriesen: Unter seiner Oberaufsicht wurden „neue Schulen gebaut, fortschrittliche Unterrichtsmethoden eingeführt und die allgemeinen Bedingungen für Landlehrer verbessert“ – Errungenschaften, die nach bisher geltender kommunistischer Lesart zur Zeit der Zaren völlig unvorstellbar waren.

Ein Groß-Neffe Lenins baut an der Olympiade 1980

Wladimir Uljanow, der unter dem Namen Lenin später zum Führer der kommunistischen Weltrevolution aufstieg, hatte fünf Geschwister: Drei Schwestern und zwei Brüder. Anna, die älteste Schwester, starb, wie Lenin, ohne eigene Kinder. Ihr Mann, nach der Revolution zeitweise Volkskommissar für das russische Eisenbahnwesen, starb 1919 an Typhus – wie Lenins jüngere Schwester Olga, die schon im Alter von 20 Jahren dieser tückischen Krankheit erlag. Bruder Alex wurde schon im Alter von 21 Jahren erschossen und blieb Lenins Vorbild; Bruder Dimitrij war zwar, laut Lenin, nur ein „ganz gewöhnlicher Narr, ausschließlich dazu fähig, an literarischen Süßigkeiten zu knabbern“. Doch auch er wird jetzt von der Sowjetpresse gefeiert – als Gründer des sowjetischen Erholungswerkes auf der Krim und Stammvater des heutigen sowjetischen Binnenland-Massentourismus. Immerhin war er der Einzige, der Nachkommen zeugte: Sein Enkel Wladimir, benannt nach Urgroßvater Lenin, profitiert noch heute vom Ruhm seines Ahnen und wurde zum Leiter einer Abteilung beim Bau der Einrichtungen für die Olympischen Spiele 1980 in Moskau ernannt.

Die lebenden Nachkommen der Leninfamilie

Lenin-Bruder Dimitrij starb am 16. Juli 1943 und hinterließ zwei Kinder, die ihrerseits für Nachwuchs sorgten. So leben heute noch als nächster Verwandter Lenins der Sohn Dimitrij Uljanows, also ein Leninneffe, heute Pensionär auf dem Gorki-Gut bei Moskau, wo Lenin seine letzten Monate verbrachte, dessen Tochter Maria, die erst kürzlich zur Kandidatin der Wissenschaften ernannt wurde und sich mit Chemie befaßt, und dessen Sohn Wladimir, der die Olympiade vorbereitet. Marias Sohn Alexander wurde 1970 geboren und geht zur Grundschule, Wladimirs Tochter Nadeschda, Tochter der Leninnichte Olga, gebar 1978 das Töchterchen Lena; Mutter Olga lehrt noch immer an der Moskauer Universität.

Maria „starb 1937“

Während bei allen Verwandten Lenins genau die Todesursache oder zumindest das genaue Sterbedatum angegeben werden, begnügt sich „Moscow News“ mit der überaus kargen Feststellung, Lenins jüngste und liebste Schwester, Maria, sei „1937 gestorben“: Auf dem Höhepunkt der Stalinschen Säuberungen. Weder Tag noch Ursache ihres Todes scheinen bekannt zu sein. Das ist genau die Art, in der Moskau mit den Opfern der Stalinschen Säuberungen selbst noch nach deren posthumer Rehabilitierung umgeht!

Maria kannte Lenins Testament

Daß Maria Uljanowa tatsächlich den Stalinschen Säuberungen zum Opfer gefallen ist, ist leicht an Hand ihrer Rolle erklärbar: Denn anders als der verschlossen wirkende Lenin galt sie als überaus offenherzig – nur ihr verdankt man das Wissen, daß die Mutter Lenins deutscher Abstammung war. Bläß, eher vornehm wirkend, nannte sie der grobe Bruder zärtlich „Manya“, aber: „Was Manya betrifft, so wird sie bestimmt niemals die Welt in Brand stecken.“ Zwar wurde sie schon von ihrem acht Jahre älteren Bruder in den Marxismus eingeführt, als sie sich darüber allein noch kaum Gedanken machen konnte, aber ihre Zuneigung galt weniger seinen politischen Zielen als ihm selbst.

Ein Leben für den neuen Zaren

Lenin wegen verzichtete sie auf eine Ehe und eine bürgerliche Karriere, zu der sie als Studentin der Physik und der Chemie in Brüssel und der französischen Sprache in Paris schon den Grund gelegt hatte. Sie leitete Lenins Aufrufe, die Weltrevolution zu beginnen, an russische Genossen weiter, um dem Bruder zu helfen, und sorgte dafür, daß Lenin seine Mutter sechs Jahre vor ihrem Tod noch einmal sehen konnte – im schwedischen Exil. Wegen ihrer Verbindungen zum Bruder wurde sie von der zaristischen Geheimpolizei viermal verhaftet; sie saß vier Jahre im Zuchthaus und zwei weitere in der Verbannung und stand 20 Jahre unter ständiger Polizeiaufsicht. In Petrograd, wo sich Lenin nach seiner Rückkehr zunächst in der Wohnung des Arbeiters Alilujew versteckte, machte sie die Bekanntschaft der späteren Ehefrau Stalins, die die Tochter dieses Arbeiters und Mutter Swetljanas war, die nun amerikanische Staatsbürgerin wurde.

Lenins schmutziger Kragen

Als Lenin als Sieger in den „Smolny“, den Winterpalast, einzog, kümmerte sich Schwester Maria rührend um seinen schmutzigen Kragen; sie liebte es, mit Lenin im offenen Wagen übers Land zu fahren, um Kinder einsteigen zu lassen und sie mit Süßigkeiten zu beschenken. Im Kreml, wo sie mit Lenin wohnte, aß sie von des Zaren Tellern; Lenin vertraute nur ihr und ernannte sie sogar zur leitenden Redakteuse der „Prawda“. Rührend sorgte sie als Krankenpflegerin für den sterbenden Lenin. Ende 1923 bastelte sie für Lenin den Schmuck für einen „Neujahrsbaum“, wie sie den Christbaum nannte, mit dem sie den atheistischen Bruder noch einmal erfreute. Als Lenin längst an den Rollstuhl gefesselt, dann starb, übernahm sie die Pflege der Leninwitwe Krupskaja.

Lenins Witwe: „Töricht und hirnlos“

Doch zusammen mit der Krupskaja hatte Maria von Lenins letzter Warnung, seinem Testament, erfahren, Stalin nicht zu seinem Nachfolger zu ernennen. Das Testament verschwand, Lenins Ehefrau wurde sofort nach dem Tod ihres Mannes von Stalin als „törichte Frau mit dem Hirn eines Vogels“ verächtlich gemacht und mundtot gemacht. Als sich Stalins Frau Nadeschda, im Wesen mit der stillen und feinen Leninschwester Maria verwandt, gegen die Verfolgungen auflehnte und Selbstmord beging, war es auch mit Maria vorbei: Sie „starb 1937“, auf dem Höhepunkt der Stalinschen Säuberungen, im Amt einer Vorsitzenden der Beschwerdekommision, die dem geplagten Volk als letzter Briefkasten diente: Hochgelobt von der heutigen sowjetischen Presse, die aber nicht in der Lage ist, zu erklären, wo, wann und woran sie im Alter von 59 Lebensjahren wirklich sterben mußte.

HANS PETER RULLMANN
in „OST-DIENST“ Hamburg

PROTEST MIT SARG

(dpa) Als Protest gegen die Ausstellung „Paris-Moskau, 1900–1930“ brachten rund siebzig Systemkritiker, Exilrussen und französische Intellektuelle eine Nachbildung des von Kasimir Malewitsch entworfenen weißen „suprematischen“ Sarges mit Schublade ins Pompidou-Zentrum in Paris. Sie wollten damit auf das Schicksal der russischen avantgardistischen Künstler nach der Oktoberrevolution und die Unterdrückung der zeitgenössischen Künstler in der Sowjetunion aufmerksam machen. Unter den Demonstranten, die ungehindert in die Ausstellung gelangten, befanden sich der Mathematiker Leonid Pljutsch, der Philosoph André Glucksman und der Maler Marek Halter, der in der französischen Öffentlichkeit gegen die Abhaltung der nächsten Olympischen Spiele in Moskau eingetreten ist. Dem Sarg wurde ein Plakat mit der Aufschrift „Hier ruht die vom sowjetischen Sozialismus ermordete Avantgarde“ vorangetragen.

UDSSR-LOB FÜR PRIVATBAUERN

Probleme mit Planerfüllung

(dpa). In der Sowjetunion sind in jüngster Zeit private Initiativen in der Landwirtschaft von staatlicher Seite gewürdigt worden. Wie das deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in seinem jüngsten Bericht erklärte, würden die Kolchose- und Sovchos-Bauern, die auf jeweils etwa 0,3 Hektar Privatland Agrarwirtschaft betreiben, jetzt vom Staat ermutigt und auch materiell unterstützt. Die „Privatproduzenten“ im Nebenberuf tragen rund ein Viertel zur Landwirtschaftsproduktion der UdSSR bei. Das DIW sieht darin auch einen Hinweis auf die „derzeit in der sowjetischen Führung herrschende Skepsis gegenüber der Leistungsfähigkeit der staatlichen und genossenschaftlichen Agrarbetriebe“. Der Zuwachs der Agrarproduktion mit einem Plus von vier Prozent ging im vergangenen Jahr in entscheidendem Maße auf den Erfolg im Getreideanbau zurück, wo eine Rekordernte von 235 Millionen Tonnen gemeldet wurde.

Versorgungsengpässe gibt es laut DIW noch immer bei Nahrungsmitteln und besonders bei Fleisch. Auch 1978 sei die Schwachstelle in der Industrie die Nahrungsmittelproduktion gewesen, die nur um zwei Prozent wuchs. Der Zuwachs der Agrarproduktion um vier Prozent sei vor allem auf die Rekordernte in Getreide von 235 Millionen Tonnen zurückzuführen gewesen. Mit einer Zunahme des Nationalprodukts um vier Prozent hat die sowjetische Wirtschaft 1978 ein „plangeRechtes Ergebnis“ erzielt. „Trotz dieses – im internationalen Vergleich durchaus beachtlichen Wachstums sind die Gesamtziele des laufenden Fünfjahresplanes jedoch nicht zu erreichen“. So wurde in keinem Jahr des laufenden Fünfjahresplans (1976–1980) die geplante Steigerungsrate der Arbeitsproduktivität realisiert. Die sowjetische Führung hat sich, wie es weiter heißt, in jüngster Zeit wiederholt an die arbeitende Bevölkerung des Landes mit Appellen gewandt, in denen eine effizientere und flexiblere Arbeit gefordert wird.

Die Wohnsituation hat sich laut DIW zwar verbessert, noch immer bestehe aber ein Nachholbedarf. Seit etwa 20 Jahren würden jährlich 2,1 bis 2,2 Millionen Wohnungen oder Eigenheime neu gebaut. Die Durchschnittsgröße der Wohnungen sei dagegen nur langsam von 47 Quadratmetern 1970 auf derzeit 52 Quadratmeter gestiegen. Die Investitionen sollten in diesem Jahr vor allem dem Verkehr und der Industrialisierung Sibiriens zugute kommen.

UDSSR MUSS ERDÖL EINFÜHREN

(ddp) Die UdSSR wird schon in naher Zukunft ihren Erdölbedarf nicht mehr selbst decken können und auf dem Weltmarkt als Importeur auftreten. Diese Ansicht vertritt die „New Yorker Times“ unter Berufung auf einen Bericht des amerikanischen Geheimdienstes CIA, aus dem hervorgeht, daß die Produktion des wichtigsten sowjetischen Erdölvorkommens im westsibirischen Samotlor nicht mehr steigerungsfähig ist, sondern im Gegenteil sogar drastisch abnehmen wird. Der Geheimdienst nimmt an, daß massive sowjetischen Erdölvorkommen im westsibirischen Preissteigerungen auf dem Erdöl-Weltmarkt führen werden und sich die amerikanisch-sowjetische Rivalität im Nahen Osten weiter verschärfen wird. Außerdem sei nicht ausgeschlossen, daß der Einfluß der UdSSR in den Ostblockstaaten, die in großem Maße von den sowjetischen Erdöllieferungen abhängen zurückgehen wird.

BEI ATOMKRAFT NICHT NACHLASSEN

(dpa) Der sowjetische Friedensnobelpreisträger und Atomphysiker Andrej Sacharow hat an die Staaten des Westens appelliert, beim Bemühen um die Entwicklung der Atomenergie nicht nachzulassen. In einem im ARD-Fernsehen ausgestrahlten Interview betonte Sacharow, daß „die westlichen Länder Gefahr laufen, sehr wichtige Vorteile im wirtschaftlichen Wettbewerb mit der Sowjetunion und anderen sozialistischen Staaten zu verlieren“, wenn das Tempo in der Entwicklung der Atomenergie nicht beibehalten werde. Den Unfall von Harrisburg bezeichnete der Atomphysiker als „sehr aufgebauscht“ und betonte: „Dies ist schon fast kein ‚Unfall mehr‘, sondern eine eher technische Unerquicklichkeit.“

DIE VON ADMIRAL N.C. CHROVNIN

kommandierte sowjetische Schwarzmeerflotte, deren Befehlszentrale in Sewastopol untergebracht ist, verfügt über folgende Stützpunkte: Odessa, Tuapse, Poti, Balaklawa, Kamysch-Burum und Feodosia. Dem Flottenkommando ist auch eine Unterseebootschule und eine moderne Reparaturwerft unterstellt. In der Werft in Nikolajew wird ein weiterer Flugzeugträger mit 55.000 TS Wasserverdrängung gebaut, der ein durchgehendes Flugdeck haben wird. Das Schiff unterscheidet sich dadurch von den bisher gebauten sowjetischen Flugzeugträgern der „Kiew“-Klasse.

DIE DER SOWJETISCHEN SCHWARZMEERFLOTTE ZUGEORDNETEN

Marine-Luftwaffeneinheiten haben ihre Stützpunkte in Donuslaw, Nikolajew, Gwardejskoje und Oktjabrskoje. Das Kommando befindet sich auf dem Stützpunkt Donuslaw. Die Einheiten bestehen aus 40 Bombern des Typs Badger-G (NATO-Bezeichnung) mit Raketenbewaffnung, 2 bis 25 weiteren Bombern, 20 Tankerflugzeugen, 75 bis 100 Hubschraubern, 25 Aufklärungsflugzeugen und 20 bis 25 Flugbooten.

DER BESTAND

der sowjetischen Schwarzmeerflotte besteht laut jüngsten Angaben derzeit aus 1 Flugzeugträger der Kiew-Klasse, 2 Hubschrauberträger der Moskwa-Klasse, 1 schwerer, 2 leichte und 8 Raketenkreuzer, 19 mit Raketen bewaffnete und 14 konventionelle Zerstörer, 16 bis 18 Raketenschnellboote, 14 Raketekorvetten, 26 Geleitzerstörer und Fregatten, 30 U-Bootjäger, 27 bis 40 Torpedoschnellboote, 60 Minensuch- und Minenräumboote, 27 Landungsschiffe und 49 Landungsboote, 60 bis 90 Wachfahrzeuge, 5 konventionellen Torpedos bestückte U-Boote, 40 bis 45 mit konventionell Torpedos bestückte U-Boote, etwa 40 Hilfsschiffe, 2 Versorgungsschiffe für Raketeinheiten, 16 Versorgungsschiffe mit 11 Flottentankern. Einheiten der Schwarzmeerflotte bilden auch die Mittelmeereskadra der Sowjetunion und dienen zum Teil auch der Versorgung der im Indischen Ozean operierenden sowjetischen Flotteneinheiten.

IM NEUEN SOWJETISCHEN KAMPFPANZER T-72

ist als Feuerleitanlage zum ersten Mal ein optischer Entfernungsmesser mit Laser eingesetzt. Dies ermöglicht eine gegenwärtig durch nichts zu übertreffende Erstschußtreffaussicht. Der Panzer ist mit einem 120 mm Glattrohrgeschütz mit Rohrschutzhülle bewaffnet. Die Nachtsichtausstattung des Panzers basiert noch auf dem alten Infrarotverfahren. Das Laufwerk wurde dem T-62 gegenüber verbessert. Die bisher bekannte negative Seite des neuen Panzers besteht darin, daß seine Besatzung unter erheblichen Unbequemlichkeiten operieren muß.

DIE FÜHRUNG DER SOWJETISCHEN LUFTWAFFE

hat Wissenschaftler und Techniker damit beauftragt, drei neue Bombertypen zu entwickeln, die den amerikanischen B-52 Maschinen in jeder Hinsicht überlegen sein sollen. Der derzeitige Stand dieses Vorhabens läßt annehmen, daß Mitte der 80er Jahre mit der Serienproduktion begonnen werden könnte. Fachkreise nehmen aber an, daß nach Fertigstellung der Prototypen nur das als Bestes getestete angenommen werden wird.